

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfsklasse Nr. 2 in Hamburg).

erschient wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfstraße 28, I.

Nr. 43.

Hamburg, den 27. Oktober 1894.

6. Jahrgang.

Inhalt: Vom Zunftzwang zur Gewerbefreiheit. — Die Arbeitervereine in Holland. — Berichte. — Bau- gewerbliches. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Gewerbegerichtliches. — Polizei- liches und Gerichtliches. — Arbeiterversicherung. — Ein- gesandt. — Literarisches. — Abrechnung vom Streit der Zimmerer in Danzig. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen. — Verkehrsnotale.

Lohnbewegung.

Der Zuzug ist fernzuhalten von Barth in Pommern, in Flensburg vom Platz Niessen und in Ludwigshafen vom Ruten- schen Platz.

Vom Zunftzwang zur Gewerbefreiheit.

Von Joh. Sassenbach.

I.

Zur Zeit der Reformation erfreuten sich die deutschen Städte noch eines blühenden Wohl- standes, Handel und Industrie florirten derart, daß neue Gesetze nötig erschienen, um dem auf- tauchenden Luxus zu steuern. Selbst der Bauern- stand, obgleich in großer Abhängigkeit lebend, hatte sich zu einer etwas günstigeren Lage empor- gearbeitet. Die Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien öffneten dem Handel und der Gewerbetätigkeit neue Bahnen. Diese Herr- lichkeit wurde durch den dreißigjährigen Krieg wie durch einen Hagelschlag vernichtet.

Seitdem der Grundsatz aufgestellt wurde, daß der Krieg selbst den Krieg ernähren müsse, seit- dem Niemand seines Lebens und seiner Habe mehr sicher war, mußte die Gewerbetätigkeit zurückgehen. Die Heere der feindlichen Parteien zogen durch's Land, ermordeten und brand- schatzten Freund und Feind; manche Landstriche wurden fast jährlich durch Truppendurchzüge verwüstet, denen Hungersnoth und Pest folgten. Die Entvölkerung einzelner Gegenden war eine ungeheure. Württemberg sank von 400 000 Ein- wohnern auf 50 000 herab, die Stadt Augsburg von 100 000 auf 6000. Von mancher Ortschaft konnte nicht einmal die Stelle angegeben werden, wo sie gestanden hatte; meilenweit konnte man gehen, ohne einen Menschen oder ein Stück Vieh anzutreffen. In dieser Zeit ging auch der „goldene Boden“ des Handwerks unter; wobei allerdings mehrere Umstände mitwirkten.

Während bisher die Handwerkerorganisationen, die Zünfte, stark und einig dastanden und sich einer fast unbeschränkten Selbstregierung erfreuten, hörte diese mit der Schwächung der kaiserlichen Macht und der zunehmenden Territorialgewalt der Fürsten fast gänzlich auf. Die unruhigen Zeiten hatten das feste Band, das die Innungs- genossen zusammenhielt, stark gelockert und da- durch die Macht der Zünfte gebrochen; die stolzen Zünfte, in deren Hand ehemals mehr oder weniger die Geschicke der Stadt ruhten, also eines Gemeinwesens, das von Kaisern und Königen für bindnisfähig gehalten wurde, sanken zu gewöhnlichen Vereinigungen herab, die von der Gnade der vorgesetzten Behörde ab- hingen und jeden Einfluß nach außen verloren hatten. Der Fürstenabsolutismus beseitigte schnell

die Uebereinstimmung, welche bisher in den Ein- richtungen der Zünfte der verschiedenen Staaten und Städte geherrscht hatte und setzte theilweise an Stelle der selbstbestimmenden Zünfte ein landesherrliches Konzessionswesen. Deutschland wurde so, wie Gottfried Kinkel sich ausdrückt, „eine Lappendecke von Fetzen ehemaliger Zunft- verhältnisse und neuer Polizei- und Steuer- vorchriften.“

Dieses Vorgehen befand sich mit der all- gemeinen wirthschaftlichen Entwicklung in voller Uebereinstimmung. Schon zur Blüthezeit der Zünfte traten Ereignisse ein, die an den starren Formen derselben rüttelten und Bewegungsfreiheit verlangten. In dem Maße nun, wie die Macht der Zünfte abnahm, verstärkte sich der Anprall gegen ihre Schranken und Privilegien; ein Ge- werbe nach dem anderen wurde veranlaßt, sich von dieser oder jener zünftlerischen Beschränkung zu befreien. Entdeckung folgte jetzt auf Ent- deckung, Erfindung auf Erfindung, welche alle dazu beitrugen, das einschränkende Gebahren der Zünfte unhaltbar zu machen.

Es bedurfte nicht erst der Dampfmaschine, um die Macht der Zünfte zu brechen. Schon vorher entstanden durch die Vervollkommnung der Technik, durch den weiteren Ausbau der Naturwissenschaften entweder ganz neue Stoffe oder es wurden neue Absatzgebiete geschaffen, die sich mit den bisherigen Innungen nicht mehr ver- einigen ließen. Ueberall Fortschritt, überall neue Stoffe, neue Rohmaterialien, neue Herstellungs- methoden, den gegenüber die Innungen an ihren alten Einrichtungen und Gebräuchen festhielten und vielfach Neuerungen bitter bekämpften. Sollten nun den Bewohnern eines Landes die neuen Er- werbszeugnisse nicht verloren gehen, so mußte den neuentstandenen Gewerbetreibenden eine Aus- nahme gestattet werden. Dieses geschah, sofern das betreffende Gewerbe nicht von vorn- herein als ein freies betrachtet wurde, durch die Konzessionen. Zuerst nur Ausnahmen, kamen die Konzessionsertheilungen mit der Zeit in ein System und verdrängten in einigen Ländern mehr oder weniger die Vorrechte der Innungen.

Auch die scharfe Begrenzung der Arbeitsgebiete ließ sich nicht mehr aufrecht erhalten. Die Be- stimmungen, welche hier bestanden, grenzten theil- weise an's Lächerliche und wurden unhaltbar, sobald sich aus dem handwerksmäßigen Betrieb ein Fabrikbetrieb entwickelte. Es lag nun aber im Interesse eines Landes, die Entwicklung der Großindustrie zu fördern, und es wäre zu viel verlangt gewesen, wenn die Behörden entgegen ihrer besseren Ueberzeugung auf Erfüllung der Zunftgesetze hätten dringen sollen. Dem Publi- kum war es vollständig gleichgültig, ob das, was es kaufte, in einer zünftigen Werkstelle oder anderswo angefertigt war, wenn es nur gut und billig zur Verfügung stand. Selbst in den Reihen der zünftigen Meister standen unternehmende Köpfe auf, die mit den Innungsschranken un- zufriedener waren, da sie dadurch in der freien Entfaltung ihrer Kräfte und in der Eröffnung von Großbetrieben behindert wurden. Man schlug nun einen Mittelweg ein, indem man den ganzen Innungskram bestehen ließ und für den

Großbetrieb Ausnahmestimmungen aufstellte, bei welchen sich die Regierung die jedesmalige Konzession oder Genehmigung vorbehielt.

Mit diesem Schritt wurden die Verhältnisse noch verwickelter als bisher, auch lag hierin der Keim zu vielen Ungerechtigkeiten. Für den Wohl- habenden, der im Stande war, einen Groß- betrieb zu eröffnen, waren die Innungsschranken gefallen, während der arme Teufel nach wie vor mit Lehrzeit, Wanderjahren, Meisterprüfung ge- plagt wurde. Ein Großunternehmer konnte nun ein Duzend verschiedene Handwerke in seiner Fabrik vereinigen, während der arme Kleinmeister nur eine einzige, vielfach engbegrenzte Arbeit ver- richten durfte. Da die Konzessionsertheilung an das Ermessen der Behörden geknüpft war, so waren Ungerechtigkeiten und Mißgriffe nicht zu vermeiden.

Neben dem Zunft- und dem Konzessions- wesen hatte sich nun noch eine dritte Form herausgebildet, die theils aus alter Zeit her- stammte, theils neu entstanden war, nämlich die freien Gewerbe. Diese freien Gewerbe entstanden auf dreierlei Art: Erstens, indem die betr. Arbeit so leicht und einfach zu erlernen war, daß es keiner Lehr- und Wanderzeit bedurfte; zweitens, indem sich in einem größeren Bezirke nur wenige Vertreter ein und derselben Branche befanden; drittens, indem erst die neuere Zeit das Gewerbe hervorgebracht hatte. Den Ausdruck freies Ge- werbe darf man indessen nicht so verstehen, als ob sie von jeder behördlichen Bevormundung befreit gewesen wären, sie waren vielmehr ver- schiedenen Spezialbestimmungen unterworfen, welche in jedem Lande, fast in jeder Stadt ver- schieden waren, und die hauptsächlich den ewigen Streitigkeiten zwischen den privilegierten und den freien Gewerben ihr Dasein verdankten. An Stoff zu Eifersüchteleien und Zwistigkeiten konnte es nicht fehlen, da die Gesetze zum Schutze der Innungen theilweise leicht zu umgehen waren; öfters genügte eine einfache Umtaufe, um aus einem zünftigen Handwerk ein freies zu machen.

Der Ruf nach völliger Gewerbefreiheit wurde immer lauter, besonders seit 1776, in welchem Jahre Adam Smith als Apostel der freien Konkurrenz auftrat. Am 6. Februar desselben Jahres wurden in Frankreich auf das Betreiben des Ministers Turgot hin, die Zünfte und Meisterchaften aufgehoben und der Betrieb von Handel und Gewerbe völlig freigegeben. Nur die Barbieri, die Apotheker, die Goldarbeiter, die Buchdrucker und die Buchhändler waren davon ausgenommen. Gleichzeitig wurden die Frohnden der Bauern und Tagelöhner abgeschafft und eine Menge Vorschriften aufgehoben, die den Verkehr und den Handel mit Lebensmitteln beschränkten. In der Begründung, welche dem Dekret über die Aufhebung der Zünfte beigegeben war, heißt es: „Wir schulden allen unseren Unterthanen die Sicherheit des vollen und ganzen Genusses ihrer Rechte; besonders schulden wir diesen Schutz jener Klasse von Menschen, welche außer ihrer Arbeit und ihrem Fleiße kein anderes Eigenthum besitzt und welche daher umsomehr das Bedürfnis und das Recht hat, aus dieser ihrer einzigen Existenzquelle in vollem Umfange zu schöpfen.“

Mit Schmerz haben wir die vielfachen Verletzungen gesehen, welche dieses natürliche und allgemeine Recht durch Einrichtungen erfährt, die allerdings alt sind, die aber weder durch die Zeit, noch durch die herrschende Meinung, noch selbst durch Handlungen der Autorität, welche sie zu heiligen schien, legitimiert werden konnten.“

Der energische Widerstand, der von Seiten der Privilegierten geleistet wurde, führte dazu, daß die Zünfte im August desselben Jahres, wenn auch mit einigen Aenderungen, wieder in's Leben traten; doch war ihnen kein langes Leben beschieden, die Revolution beseitigte mit anderen Ueberbleibseln vergangener Zeit auch das Zunftwesen. In der denkwürdigen Nacht des 4. August 1789 beschloß die Nationalversammlung: „Il n'y a plus ni jurandes, ni corporations de professions, arts et metiers.“ Zwei Jahre später beschäftigte man sich wieder mit dieser Frage und bestimmte, daß die Zünfte unter keinem Vorwand und keiner Form wieder hergestellt werden dürften. Die Anordnungen, die man traf, um diesem Beschlusse Geltung zu verschaffen, würden uns heute etwas russisch erscheinen. Es wurde den Handwerkern derselben Profession verboten, sich zu vereinigen, Vorsitzende, Sekretäre oder Anwälte zu ernennen; sie durften keine Kollektiv-Adressen an irgend eine Staatsbehörde senden. Jeder Beschluß von Handwerkern desselben Berufes wurde als null und nichtig erklärt und die Teilnehmer an den Versammlungen, in denen sie gefaßt wurden, verloren ihre bürgerlichen Rechte. Die Handwerkerversammlungen, die trotzdem zusammentraten, wurden durch die Nationalgarde auseinandergejagt. Dieser Zustand der völligen Gewerbefreiheit dauerte annähernd fünfzehn Jahre, dann schränkte sie Napoleon durch verschiedene Verordnungen ein.

Die Arbeitervereine in Holland.

Von H. Polak.

In keinem Lande der ganzen zivilisirten Welt ist die Statistik, „die revolutionärste aller Wissenschaften“, so vernachlässigt worden, wie in Holland. Lange Zeit blieb die Sammlung statistischer Materials, das so unendlich wichtig für gründliche ökonomische Studien und zur Erkenntniß des inneren Betriebes der menschlichen Gesellschaft ist, einer Privatunternehmung überlassen, d. i. der „Vereinigung für die Statistik“, die ihre Arbeit so schlecht besorgte, als es nur immer von einer nicht offiziellen Körperschaft erwartet werden kann.

Endlich aber schien es selbst unserer schlaftrigen holländischen Regierung, als sei sie etwas weit zurück, und so erschien denn 1892 ein Dekret, wodurch die „Zentralkommission für Statistik“ geschaffen und zugleich die vorerwähnte Gesellschaft ihres Amtes enthoben wurde, mit Dank für ihre „lange und nutzbringende“ Wirksamkeit. Und unsere holländische Regierung ging sogar noch weiter: Hals über Kopf stürzte sie sich in den wissenschaftlichen und sozialen Fortschritt; sie stellte R. van Zinderen-Bakker, einen wohlbekannten Sozialdemokraten, als Mitglied der Kommission an und setzte dadurch die Politiker aller Schattirungen in großes Erstaunen. Aber nicht einmal dabei blieb sie stehen: sie verfügte, daß die Kommission nicht auf den alten, ausgetretenen Wegen weiterwandeln solle, sondern neue Pfade zu betreten habe, d. h. in diesem Falle den in unserem Lande noch jungfräulichen Boden der sozialen Statistik. *) Die Kommission begann diesen Theil ihrer Thätigkeit durch statistische Erhebungen über das Vereinsleben der Arbeiter und wurde dabei durch zwei Betrachtungen geleitet: „Erstens, weil solche Erhebungen Gelegenheit geben, mit den Arbeitervereinen im ganzen Land Verbindungen anzuknüpfen, wodurch der Weg zu künftigen sozialstatistischen Forschungen eröffnet wird,“ während „zweitens“ dadurch festgestellt wurde, wie weit und

in welcher Art sich in unserem Lande der Gemeinschaftsinn der Arbeiter kundgegeben habe.“ *)

Eigenthümlich ist es jedenfalls, daß in einem Lande wie Holland, wo vorwiegend das Manchestertum herrscht, sich eine Regierungskommission um den Gemeinschaftsinn der Arbeiter kümmert. Wahrlich, wir Sozialdemokraten haben Wunder gewirkt! Doch statt müßig zu triumphieren, wollen wir lieber das Resultat dieses ersten sozialstatistischen Wagnisses prüfen und sehen, ob es wirklich Anlaß zur Freude giebt.

Die Kommission begann ihre Thätigkeit, indem sie ein Rundschreiben an die Bürgermeister der 1123 Gemeinden, in welche das Land getheilt ist, versandte und dieselben aufforderte, zu berichten, wie viele Arbeitervereine in ihren Gemeinden beständen, und dieselben folgendermaßen einzutheilen:

1. Allgemeine Vereine, d. h. Gesellschaften oder Verbindungen von Arbeitern, die nicht eigentliche Gewerkschaften sind.
2. Gewerkschaften.
3. Arbeiter-Kooperativ-Genossenschaften.
4. Hilfsklassen.
5. Geselligkeitsvereine u.

Die Kommission erhielt darauf 1099 Antwortschreiben.

Zur selben Zeit verschickte sie ein anderes Zirkular an die Vorstände der vier größten Arbeiterbünde: Het Algemeen Nederlandsch Werklieden-Verbond (Allgemeiner Niederländischer Arbeiter-Verband), De Nederlandsche Roomsche-Katholieke Volksbond (Niederländischer römisch-katholischer Volksbund), Het Nederlandsch Werklieden-Verbond „Patrimonium“ (Niederländischer Arbeiterverband „Patrimonium“) und De Sociaal-democratische Bond. Darin wurden diese aufgefordert, jede nur mögliche Information zu geben über die Zahl der Mitglieder, über die einzelnen Zweige, über die vereinigten Gesellschaften, über Einkommen, Gesetze und Statuten, Programme, jährliche Berichte u. s. f. Von diesen vier sandten nur die erstgenannten zwei befriedigende Berichte; „Patrimonium“ antwortete nicht offiziell, doch ist es ein offenes Geheimniß, daß der Vorstand dieses Verbandes nicht antworten wollte, weil ein Sozialdemokrat in der Kommission angestellt sei und nicht ein Angehöriger seiner Mitgliedschaft („Patrimonium“ ist eine Vereinigung katolischer Arbeiter unter der Führung des Pfarrers). Der sozialdemokratische Bund gab zur Antwort, daß die Stellung der Regierung gegen den Bund eine solche sei, daß er lieber davon abstände, irgend welche Auskunft zu geben, die vielleicht ernstliche Schwierigkeiten über manches Mitglied brächte. Dieses Vorgehen war vielleicht nicht gerechtfertigt, da es die ersten Versuche einer Wissenschaft behinderte, die für unser Werk so unendlich wichtig ist. Mehrere Organe der Bourgeoispresse benützten diesen Anlaß, um die Sozialisten als bloße Schreier hinzustellen, umsomehr, als Domela Nieuwenhuis als Mitglied der zweiten Kammer fortwährend auf der Einrichtung eines statistischen Departements bestanden hatte. Und diese Enthaltung des Zentralrathes scheint in der That unverantwortlich. Doch darf man dabei nicht vergessen, daß gerade zu dieser Zeit die Verfolgungen unserer Genossen in vollem Gange waren, daß, als die Aufforderung erging, 54 Kameraden im Gefängnisse saßen, und viele das gleiche Loos erwarteten, und daß diese Umstände gar wohl das Verhalten des Zentralrathes zu rechtfertigen vermögen.

Aus den Antworten der Bürgermeister ging hervor, daß, soweit sie es verfolgen konnten, im Jahre 1893 in unserem Lande 1149 verschiedene Arbeitervereine bestanden. An alle diese wurde nun ein Zirkular versandt, das Auskunft verlangte über Namen, Programme, Gründungsjahr, Zweck, Zugehörigkeit zu einer größeren Verbindung, Streik-, Kranken-Versicherungs- und andere Gelder, ferner über die Mitgliederzahl, über Beiträge, Einkommen und Ausgaben aller

Art, Kooperation u. c. Von diesen 1149 Vereinigungen antworteten 693.

Die große Zahl von Antwortverweigerungen ist zuerst natürlich dem schon erwähnten abschlägigen Bescheid des sozialdemokratischen Bundes mit seinen 130 Zweigvereinen zuzuschreiben; dann den Gewerkschaften, die, entweder sozialistisch gesinnt oder doch sozialistischen Tendenzen hulbigend, dem Beispiel des Bundes folgten, ferner der Zurückhaltung des „Patrimonium“ mit seinen 160 Zweigverbänden; dann der völligen Gleichgültigkeit verschiedener Arbeitervereine gegen Alles, was nicht Unterhaltung oder die gewöhnlichsten Augenblicksinteressen betrifft.

Die Thatsache, daß fast die Hälfte der Vereine, von deren Existenz man wußte, Auskunft verweigerte, macht die sonst gut angelegte Arbeit der Kommission zu einer sehr minderwerthigen, wenn nicht ganz werthlosen. Denn der Bericht, ein starker Band von 350 großen Seiten, enthält kaum etwas, was nicht schon vorher dem fleißigen Beobachter der Arbeiterbewegung Hollands bekannt gewesen wäre. Ein wirklicher Ueberblick über die ganze Bewegung, ihre Stellung und ihre Verzweigung ist nicht erzielt worden; man kann nur höchst ungenaue Information aus dem Bande schöpfen und wenn man von den 693 Vereinen jene abrechnet, die nur zu Unterhaltungs- und Erholungszwecken dienen und jene, die nur Wohlthätigkeitseinrichtungen sind, als Begräbniß-, Kranken-, Invaliden- und andere Klassen, dann wird man herzlich wenig davon wissen, inwieweit und inwiefern sich „der Gemeinschaftsinn der Arbeiter in diesem Land geäußert habe“, gar wenn man das Ding vom rein sozialistischen Standpunkt aus betrachtet. Wir wußten, der „Werklieden-Verbond“ habe 23 Zweige mit 2500 Mitgliedern; „Patrimonium“ 160 Zweigvereine mit etwas über 12000 Mitgliedern (die außerordentlichen Mitglieder — Nicht-Arbeiter — nicht mitgezählt); der „Roomsche-Katholieke Volksbond“ (den man kaum einen Arbeiterverein nennen kann, da er eine rein religiöse Vereinigung ist; die einzelnen Zweige stehen unter der strengen Aufsicht eines Priesters, ohne dessen Genehmigung nichts geschehen darf und dessen Befehle unter allen Umständen befolgt werden müssen) 12 Zweigvereine mit ungefähr 11000 Mitgliedern, und der „Sociaal-democratische Bond“ 99 Zweigverbände (jetzt hat er 130) mit einer unbekanntem Mitgliederzahl (d. h. unbekannt für Jedermann bis auf einige Eingeweihte; allgemein wunderte man sich stets darüber, warum die Zahl der Mitglieder als so tiefes Geheimniß behütet würde). Und die gegebenen Aufschlüsse waren sehr unbedeutend für die mit den Thatsachen unbekanntem großen Massen oder für irgend Jemand, der sich genaue Kenntniß über die Arbeiterorganisation und -Bewegung verschaffen wollte.

Die Verfasser des Berichtes fühlten das selbst, denn sie schreiben: *) „Die gesammelten Zahlen haben bloß relativen Werth, da die Berichte, aus denen sie gezogen, oft unvollständig sind.“

Auch der historische Theil ist sehr vernachlässigt. In dem mächtigen Band von 350 Seiten sind dem Ursprung und der Geschichte der vier oben erwähnten großen Vereine nur zwei oder drei Seiten gewidmet, während die kleinen in dieser Richtung gänzlich vernachlässigt erscheinen; man beschränkte sich lediglich auf eine tabellarische Uebersicht der Gründungszeiten der verschiedenen Gesellschaften. Nehmen wir die beiden ersten Kategorien, die der Gewerkschaften und der ihnen am nächsten stehenden Vereine, so finden wir, daß vor 1811 keine solche Vereinigung in Holland existierte. Von 1811 bis 1855 wurden 13 gegründet, 8 zwischen 1855 und 1865; 65 in dem Zeitraum von 1865 bis 1878 (der Periode der Internationalen), 72 in den Jahren 1875 bis 1885 (die Zeit des Wachstums des „Werklieden-Verbond“ und des „Patrimonium“), 271 von 1885 bis 1894 (der Periode des großen Fortschritts des „Sociaal-democratische Bond“ und der größten Gewerkschaften, z. B. der Sezer,

*) Statistiek der Arbeidersverenigingen, uitgegeven door de Centrale Commissie voor de statistiek. s'Gravenhage 1894, van Weelden en Mingelen.

*) Einleitung, S. III.

*) Einleitung, S. XXVII.

der Zigarrenarbeiter, der Tischler, Bahnbediensteten u. s. f.), während von 208 gar keine Gründungszeit angegeben erscheint (die meisten davon fallen in den letzten Zeitraum). Die Periode von 1811 bis 1855 erscheint für statistische Erhebungen eigentlich etwas lang; es scheint jedoch, als hätten die Verfasser 1855 als das Ausgangsjahr angenommen, da in diesem Jahre das Gesetz über das Koalitionsrecht herauskam (Wet over het recht van Vereeniging en Vergadering).

Wir entnehmen ferner, daß, soweit es sich feststellen ließ, zusammen 226 Gewerkschaften existierten, 190 in Städten mit mehr als 20000 Einwohnern gegen 36 in kleineren Gemeinden; auch wurde die Mitgliedschaft von 711 Vereinen aller Kategorien folgendermaßen festgestellt:

	Zahl	Mitgliederzahl
1. Allgemeine Vereine	265	42 712
2. Gewerkschaften	133	10 106
3. Hülfsklassen	181	63 201
4. Geselligkeitsvereine	103	5 601
5. Andere Vereine	29	5 049
Zusammen.	711	126 669

Immerhin sind auch diese Ziffern noch sehr ungenau, da die Mitglieder der Hülfsklassen und Geselligkeitsvereine meistens auch schon einem oder mehreren Vereinen der anderen Kategorien angehören; folglich ist die Zahl von 126 669 für 711 Vereine sehr irreführend. Wenn nun schon die Kommission, die doch mit jeder nur möglichen Erleichterung arbeitete, der die ganze staatliche, kommunale und sonstige offizielle Maschinerie zu Gebote stand, nur so sehr unvollkommene und unzulängliche Resultate erzielte, so kann man selbstredend noch viel weniger Genaues von einem Privaten erwarten, wenn er sich auch dem Gegenstand mit vollstem Eifer widmet. Doch die Versicherung kann ich ruhig geben, daß die wirkliche Mitgliederzahl der angeführten Vereine kaum mehr als die Hälfte der offiziellen Ziffern beträgt. Aus dem Kommissionsbericht möchte man schließen, daß die Gewerkschaftsorganisation in Holland blüht, während thatsächlich das Gegentheil der Fall ist. Von den Textilarbeitern in Twente (Oberijssel) sind kaum 5 Prozent organisiert; von den 16000 Diamantenarbeitern in Amsterdam gehören gewiß nicht mehr als 250 einer der drei bestehenden Gewerkschaften an, d. i. also ungefähr 1 3/4 Prozent, und so sind die Verhältnisse in fast allen industriellen und landwirtschaftlichen Zweigen. Man muß trotzdem konstatieren, daß einzelne Gewerkschaftsführer und Mitglieder sich sehr tapfer halten und unentwegt bemüht sind, ihren Arbeitsgenossen die Augen und die Köpfe zu öffnen und gleichzeitig den Kampf gegen die Ausbeuter fortzuführen.

Berichte.

Altenburg. Am 14. Oktober hielt der hiesige Lokalverband seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche trotz des schlechten Wetters ziemlich gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand unter Anderem: Wahl eines Vertrauensmannes in's Gewerkschaftskartell, Wahl eines Vertrauensmannes zum Auszahlen der Wanderunterstützung. Zum ersten Posten wurde B. Köppler, zum zweiten W. Bendorff gewählt. Des Weiteren wurde beschlossen, den arbeitslosen Kameraden die Beiträge auf 5/8 zu reduzieren; das Uebrige trägt die Lokalkasse. Dies gilt natürlich nur für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März. Dann wurde noch beschlossen, Verbandskameraden bei Todesfällen einen Vorbeerkranz mit weißer Schleife zu spenden, auch soll, wenn möglich, Jeder mit zu Grabe gehen. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Wesling. Am 14. Oktober tagte hier eine öffentliche Zimmererverammlung zwecks Gründung eines Lokalverbandes deutscher Zimmerleute. Es wurde vom Kamerad Karl Kühne das Statut des Verbandes vorgelesen, worauf sich alle anwesenden Kameraden in den Verband aufnehmen ließen. Zum Lokalvorstand wurden gewählt die Kameraden F. Sallat zum Vorsitzenden, R. Klingner zum Schriftführer, K. Kühne zum Kassirer. Die Versammlungen finden jeden Sonntag nach dem 15. im Monat im Lokale des Herrn Behrend statt.

Braunschweig. Am Donnerstag, den 18. Oktober, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung Nachdem die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt waren, verlas der Kassirer die Abrechnung vom 3. Quartal, deren Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Die Versammlung ertheilte daraufhin dem Kassirer Decharge. Hierauf referierte Genosse Bergmann über die Lage der arbeitenden Klassen. Der Redner erläuterte in einem 1/2stündigen Vortrag eingehend die Sache. Er führte aus, daß es wohl jedem denkenden Menschen zur Genüge

bekannt sein müsse, daß die große Masse, welche die Erzeugnisse, die zum Lebensunterhalt notwendig sind, schafft, auch meistens den größten Mangel zu leiden hat. Und warum? Weil die heutige Gesellschaftsordnung zu miserabel eingerichtet ist. Diejenigen Menschen, die Geld besitzen, haben nicht nötig, zu arbeiten, sie können sich mit dem Gelde die Genüsse und Bequemlichkeiten, welche das Leben angenehm machen, beschaffen. Dabei predigen diese faulen Drogen den Arbeitern immer das Sparen und behaupten, diese könnten mit ihrem Lohn zufrieden sein, denn von jeher hätte es schon Herren und Knechte, d. h. Menschen gegeben, welche nichts thun, und solche, die unter den größten Entbehrungen die Bedürfnisse schaffen, ohne den geringsten Nutzen davon zu haben. Nachdem der Redner noch näher auf die einzelnen Entwicklungsperioden eingegangen war, kam er auf die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse und auf die Lage der Arbeiter zu sprechen. Letztere sei jetzt noch schlimmer, als zu irgend einer früheren Zeit. Die Lebenshaltung der Arbeiter wird noch immer schlechter, denn je mehr Angebot von Arbeitskräften dem Kapitalisten zur Verfügung steht, desto niedriger drückt er die Löhne. Dagegen werden die Wohnungs- und Lebensmittelpreise durch künstliche Manipulationen in die Höhe getrieben. Die Dampfmaschine, der große Fortschritt in der Technik, auch die zu lange Arbeitszeit in der Industrie, sowie in der Landwirtschaft tragen dazu bei, daß die Arbeitslosigkeit immer größere Dimensionen annimmt. Nachdem der Redner noch einige praktische Beispiele angeführt hatte, forderte er alle Anwesenden auf, immer mehr zu agitieren bei allen Arbeitern ohne Unterschied, damit sie sich ihrer Organisation anschließen und wir uns sobald wie möglich eine angemessene Arbeitszeit, ein menschenwürdiges Dasein erkämpfen können. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem sich noch einige Kameraden im Sinne des Referenten ausgesprochen und die Anwesenden ersucht hatten, für immer besseren Besuch der Versammlungen und für Ausbreitung des Verbandes zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Da sich ein Kamerad erboten hat, am Donnerstag, den 7. November, einen Vortrag über den Achtstundentag zu halten, werden die Kameraden hierdurch ersucht, für guten Besuch zu agitieren.

Breslau. Dienstag, den 16. Oktober tagte unsere Verbands-Versammlung. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung vom 3. Quartal 1894, Bericht der Agitations-Kommission über ihre Thätigkeit und Verschönerung. Zunächst verlas der Kassirer Hansel die Abrechnung und der Kassirer Wilhelm erstattete Bericht über den Kassenbestand des Sterbefonds. Der Revisor Wutke machte der Versammlung bekannt, daß die beiden Kassen revidirt und für richtig befunden worden sind, was auch der Vorsitzende bestätigte. Es wurde darauf den beiden Kassirern Decharge ertheilt. Sodann erstattete Schmidt Bericht über seine Agitationsthätigkeit. Nach Beschluß des Bromberger Delegiertentages wurde hier auf 2 Jahre eine Agitations-Kommission, bestehend aus 2 Mitgliedern (Schmidt und Wilhelm), gewählt. Da die Lokalverbände händigt mit Devisen arbeiten, ist es schwer gefallen, die Agitationsgelder (pro Mitglied 5/8 vierteljährlich) einzuziehen. Es sind im Ganzen M. 85,75 eingegangen, von diesen mußte erst sämmtliches Material angeschafft wird. Schmidt wandte sich daraufhin an den Hauptvorstand, der die Kommission mit Geldmitteln unterstützte. Diefelbe schrieb nun an 58 Städte, worauf von 37 Antworten einliefen. Im April wurde die erste Tour über Liegnitz, Schweidnitz, Striegau, Hirschberg gemacht; hier zeigten sich aber die größten Schwierigkeiten. Lokalitäten zu Versammlungen waren schlecht zu bekommen. In Schweidnitz konnte eine Zahlstelle gegründet werden, wenn dieselbe auch nur einige Mitglieder zählt, so ist doch wenigstens eine Verbindung hergestellt. Die zweite Tour wurde über Spremberg und Suben unternommen. In Grünberg, wo zur Zeit keine Zahlstelle war, fand eine gut besuchte Versammlung statt, in der eine Zahlstelle gegründet wurde. Dann wurde Schmidt beordert, nach Ratowitz zu reisen, hier war ebenfalls kein Lokal zu bekommen, darum mußte auf der Herberge bei einem Glase Bier den Kameraden der Zweck und der Nutzen unseres Verbandes klar gemacht werden. Schmidt kam aber nicht weit. Die Polizei war gleich zur Hand. Da zur Zeit die Cholera in Breslau herrschte, wurde Schmidt für choleraverdächtig gehalten. Nun wurde ein Spaziergang nach außerhalb unternommen; hier erst konnte Schmidt in Kürze den Sachverhalt erklären. Trotzdem die Hälfte der Kameraden nur der polnischen Sprache mächtig ist, konnte doch eine Zahlstelle gegründet werden. Nach diesem Bericht erklärte Schmidt, daß er zu der Ueberzeugung gekommen sei, den beiden Posten als Vorsitzender und Agitator nicht ganz gerecht werden zu können. Er will sich der Agitation widmen und den Vorsitz nach Neujahr niederlegen. Er theilte dies mit, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen. Die Breslauer Verbandsmitglieder sollten nicht glauben, daß er schon arbeitsmüde geworden wäre. Wilhelm erklärte, daß er die Folge, welche Schmidt gehabt, nicht aufweisen könne, da er mehr die polnische Gegend zu bereisen hatte. In Rawitz konnte eine Zahlstelle gegründet werden; in Bissa hatte er Schwierigkeiten, trotzdem sind dort Beziehungen angeknüpft worden. In Dels wurde eine Versammlung abgehalten; es erbot sich auch ein Zimmerpolier, welcher nach Vorzeigen von Karten schon früher Verbandsmitglied war, die Sache in die Hand zu nehmen. Es wurde ihm auch Vertrauen geschenkt. Doch nach einiger Zeit erhielt Redner den Bescheid, „ein Streitverein wäre in Dels nicht zu Stande zu bringen.“ Wilhelm hat dem Polier Zweck und Ziele des Verbandes erklärt; da der Polier schon Verbands-

mitglied gewesen war, setzte er erst recht Verständnis voraus, welches aber fehlte. In Namslau gab es auch Schwierigkeiten, doch hatten sich einige Kameraden gemeldet, welche Einzelzahler werden wollten. In Krotoschin hatte sich ebenfalls ein Kamerad gemeldet. Es wurde dort auch eine Versammlung einberufen; als Wilhelm aber hinkam, war der Kamerad nicht erschienen. Die Kameraden, welche außerhalb wohnen, waren schon wieder zur Bahn, die Einheimischen hatten an demselben Abend Nichtschmaus; die Weisten waren angeheitert, so daß kein Resultat erzielt werden konnte. In Ostrowo hält es ebenfalls schwer, Verbindung anzuknüpfen; es hat sich dort ein Mann gemeldet, da er aber nicht unserem Fach angehört, so würden die Zimmerer ihm wenig Beachtung schenken. Wilhelm findet die Sache dort aussichtslos. Rawitz wurde nochmals besucht, um den dortigen Kameraden die Geschäftsführung zu erklären; die Sache stehe hier gut. Von Wojanowo hatte Wilhelm Bericht erhalten, die Leute sind dort aber noch zu weit zurück. In Fraustadt wurde ebenfalls versucht, Fuß zu fassen. Es wollte auch Einer die Sache in die Hand nehmen; da derselbe dort aber nur vorübergehend arbeitete, so war ebenfalls für dieses Jahr dort nichts zu schaffen. Es wurden 126 Briefe versandt und auch soviel Postkarten, ohne die Zeitungen. Mit einem Male wäre nicht viel geschaffen, es müßten mindestens zwei oder drei Versammlungen an jedem Orte abgehalten werden. Die meisten politischen Kameraden betrachten unseren Verband als einen Freimaurerorden, der von den Pfaffen in ein besonders schlechtes Licht gestellt worden ist. Inzwischen sind verschiedene Anknüpfungspunkte gefunden, darum werden im nächsten Frühjahr jedenfalls bessere Resultate erzielt werden. Wenn es sich dem Agitationscomité seine Anerkennung aus; es dürfe nun aber nicht wieder nachgelassen werden, die politischen sowie die Lager Gegenden müßten nochmals bearbeitet werden, weil aus diesen Gegenden der Breslauer Arbeitsmarkt überfüllt wird. Hansch ist der Ansicht, daß sich in Schlesien die Agitation schwerer als in anderen Provinzen betreiben läßt. Die Kameraden dort sind mehr aufgeklärt. Hier denken die meisten Kameraden, es sei genug, wenn sie nur Mitglieder sind, für Viele wäre die Sache damit abgethan. Die große Masse sei zu leichtfertig, sie ist sich garnicht klar, wie sie zu leben hat. Die Kommission sollte, sowie jeder Einzelne in Breslau, agitieren; es ist nicht genug, daß wir eine große Mitgliederzahl haben, sondern diese muß auch aufgeklärt werden. Im „Verständenen“ wurde eine äußerst lebhaft Diskussion über Ueberstundenarbeit sowie über den hier bestehenden Brauch des Einlaufs resp. Einlandes geführt. Dornick geistete den Gewerkschaftsrummel. Es ist hier ebenfalls noch Brauch, daß die Burschen, welche ausgelernt haben, auf der Herberge M. 15 Einstand geben müssen; dies wäre nach den jetzigen Zeitverhältnissen nicht mehr anständig und sollte abgeschafft werden. Weizel ist gegen diese Ansicht; derselbe meinte, daß eher der Verband zu Grunde gehe, als daß die „Gewerkschaft“ aufgelöst werde. Schmidt theilt noch mit, daß das Ehrenmitglied Obst bei den Meistern keine Arbeit erhält, und er bitter daher, dem Kameraden ein kleines Geschenk zukommen zu lassen. Arndt stellt den Antrag, Obst mit M. 10 zu unterstützen. Der Antrag wurde angenommen.

Görlitz. In unserer letzten Mitgliederversammlung theilte der Vorsitzende mit, daß Kamerad Ede aus Görlitz hier einen Vortrag halten wolle, da aber ein Lokal nicht zu bekommen war, mußte dem Kameraden abgeschrieben werden. Dann wurde nach längerer Diskussion beschlossen, dem Kameraden H. Mary, der schon über vier Monate krank ist, M. 20 aus der Unterstützungskasse zu gewähren. Am 14. Oktober fand unser Stiftungsfest statt, auf dem es bis zum frühen Morgen recht gemüthlich zuging.

Danzig. Am Dienstag, den 16. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Vortrag von Herrn Otto Jochim, Besprechung über die vertagten Anträge, die Weiterführung der Fachschule, Wahl von zwei Bibliothekaren und Verschönerung. Nachdem der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung verlesen hatte, ertheilte der Vorsitzende dem Referenten das Wort. Derselbe spricht über „Hexerei und Uberglauben“. Redner legte klar, wie vor und nach Christi Geburt der Uberglaube und das Hexensystem gewaltet hat, daß hauptsächlich nach der Einführung des Christenthums Laufende unschuldiger Frauen auf dem Scheiterhaufen und in den Gefängnissen einen grausamen Tod gefunden haben, weil die meisten Menschen, sogar die Richter, seinerzeit geglaubt haben, daß es viele Teufel gäbe. Wenn große Stürme gewüthet haben, oder Hagel die Ernte verwüthete, so sagte man, die Hegen hätten mit dem Teufel ihr Spiel getrieben. Dann wurden Weiber angeklagt, wurden auf die Folter gespannt, die Daumenschrauben angelegt, der spanische Stiefel angezogen und siedendes Blei hineingegossen und dergleichen mehr. Damit wurden sie so lange gequält, bis sie es nicht mehr vor Schmerz aushalten konnten und dann die ihnen zugeschobene That bekanteten. Redner führte an, daß die Richter im 12. und 13. Jahrhundert so an das Hexensystem geglaubt haben, daß sie bei Gerichtsverhandlungen mit einer Heze die größte Vorsicht gebrauchten, um nicht behetzt zu werden. Die zu verurtheilende Heze mußte gewöhnlich den Richtern den Rücken zu kehren. Alles dieses brachte damals der Glaube und die Unwissenheit des Volkes zu Wege. Zum Schluß wies Redner noch darauf hin, daß nur ein gebildetes Volk im Stande sei, die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu regeln. Darum sei es auch unsere Pflicht, für unsere geistige und körperliche Bildung einzutreten, dieselbe verkehrt uns in die Lage, gegen das Kapital, gegen die Arbeitgeber anzukämpfen. Der

Vortrag wurde von der gut besuchten Versammlung mit Beifall aufgenommen und dem Referenten der Dank ausgesprochen. Hierauf wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß unser Stiftungsfest einen Ueberfluß von M. 38 ergeben hat. Die Versammlung beschloß, das Geld in die Lotteriekasse zu legen. Dann wurde eine Kommission gewählt, die dafür Sorge zu tragen hat, daß Bücher zur Bibliothek angeschafft werden, die unserem Zweck entsprechen. Es wurden die Kameraden Hilster, Sellin, Jaskulski und Senkfeld gewählt. Dann führte K. Rabigki aus, daß es notwendig sei, die Fachschule weiterzuführen, wir müssen jetzt nach dem Streik stets wach sein, es könnte ja vielleicht doch kommen, daß Einer hierbei etwas Gründliches lernt. Es wurde beschlossen, die Fachschule weiter zu fördern und dieselbe an jedem Dinstage abzuhalten. Zu Bibliothekaren wurden gewählt: K. Sellin und K. Reger. Die Eröffnung der Bibliothek erfolgt am Dienstag, den 23. Oktober. Die Instruktion ist in die Bücher gefleht. Unter „Verschiedenes“ theilt K. Rabigki mit, daß er die Beschwerde gegen den Herrn Polizeidirektor wegen Herausnehmen der Tapetenwand zurückhalten hat. Dieselbe soll jetzt weiter an den Herrn Regierungspräsidenten gehen. Sollte auch das nicht helfen, dann können ja noch andere Wege offen. Im Weiteren theilt Redner mit, daß in Versammlungen auch eine Geschäftsordnung bestehen muß, derselbe erklärt, wie solche gehandhabt wird, und die Versammlung nimmt den Vorschlag einstimmig an. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung.

Dresden. Mittwoch, den 17. Oktober, tagte hier eine öffentliche Zimmererverversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Wie wahren wir am besten unsere Rechte als Mitglieder der Ortskrankenkasse? Vorschläge zu Vertretern zur Ortskrankenkasse und Rechenschaftsbericht vom Unterstützungsfonds. Ueber den ersten Punkt referierte Genosse Frähdorf. Derselbe ging von der gesetzlichen Einrichtung des Jahres 1884 aus und erinnerte an die Kämpfe, die zwischen den freien Hülfsklassen und der Ortskasse 1885 und 86 in Dresden stattgefunden haben, wie damals viele Mitglieder der freien Hülfsklassen in die Ortskrankenkasse gezwungen wurden, dabei ein Theil zielbewußter Arbeiter, die sich bald mehrere Vertrauensposten in der Verwaltung eroberten und daß jetzt nur die Interesslosigkeit der Mitglieder schuld ist, daß an der Spitze der Ortskasse noch kein Arbeiter steht. Wahlfähig ist jedes 21 Jahre alte Mitglied, auch weibliche Mitglieder. Die Wahl ist allgemein. Die Kassenmitglieder sind in Bezirke eingetheilt, wie bei den Gewerbetreibenden. Die Wahl findet am 1. Dezember von 10 Uhr Vormittags bis 8 Uhr Abends statt. Das wählende Mitglied muß mit seinem Quittungsbuch erscheinen. Als Kandidaten wurden die Kameraden Mayer, Lehmann, Verbig, Schuppen, Wittig und Genant zu Wahlmännern vorgeschlagen, zu Ersatzmännern Berge, Hausmann, Wilsch, Grahl, Preuß, Grüttner und Philipp, welche auch Alle annehmen. Zum dritten Punkt erstattete Kamerad Mißbach Bericht, wonach zum Unterstützungsfonds M. 66 als freiwillige Beiträge eingegangen sind. Dann wurden die Kameraden Grüttner und Bürger zu Revisoren für das Landesagitationscomité Sachsen gewählt.

Freiburg. Am 30. September tagte hier eine öffentliche, leider nur schwach besuchte Zimmererverversammlung, in der Kamerad Schilling aus Mannheim einen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Ummälzung der Gegenwart“ halten sollte. Weil aber der Besuch so schwach war, wurde von dem Vortrage Abstand genommen. Kamerad Schilling referierte dann über die Mittel die angewendet sind, um einen besseren Versammlungsbesuch herbeizuführen. In Mannheim sei es früher gerade so gewesen, man müsse die Leute freundlich heranziehen, dann kämen sie gewiß; ein so schwacher Besuch sei sicher traurig. Redner forderte die Genossen auf, für die nächste Versammlung Alle einzuladen, damit man gegen das Kapital einig vorgehen könne. Jeder müsse seine Pflicht thun, es würde dann die Theilnahme sich sicherlich mehrern. Für die Organisation, ohne welche nichts erreicht werde, müsse man eintreten. (Bravo) Dann sprachen noch mehrere Kameraden über die Freiburger Zustände. Kamerad Schilling wies alsdann noch auf den 1893 in Karlsruhe abgehaltenen Verbandstag hin, wo über die Organisation der Zimmerer beraten worden sei, an der betreffenden Kommission habe er selbst theilgenommen. Es seien aber Geldmittel nötig, gerade in der Zimmererbranche sei die Organisation noch sehr schwach; wenn die einzelnen Beiträge auch kleine seien, so machen doch viele Wenig ein Viel. Neue Redekräfte, deren es bis jetzt drei bis vier seien, müßten gewonnen werden, namentlich solche, die in den einzelnen Gegenden bekannt sind. Auch ein Adressencatalog der Zimmerer Süddeutschlands sei anzulegen; Zeitungen genügen nicht, da die Arbeiterpresse vielerorts nicht vertreten sei. Damit schloß die Versammlung etwa um halb 12 Uhr.

Karlsruhe. Am 7. Oktober tagte hier eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung, die von Seiten unseres Lokalverbandes veranstaltet worden war. Kamerad Fritz aus Mannheim hielt einen Vortrag über die Lage der Bauhandwerker und wie dieselbe zu verbessern ist. Redner führte aus, daß sich Neues über dieses Thema kaum sagen lasse, daß derartige Vorträge aber trotzdem ab und zu notwendig seien, weil dabei immer die Grundlage und die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gezeigt würden. Nachdem Redner die Lage der Bauhandwerker geschildert, zeigte er, wie sich das Unternehmertum immer strammer organisiert und mit vielen Organisationen auf die Lage der Arbeiter drückt; wie die Unternehmervereinigungen, besonders die Unternehmerkartelle, auf die Gesetzgebung einwirken, wobei dann in der Regel ein noch gewaltigerer Druck auf die Arbeiter ausgeübt

wird. Den Unternehmerorganisationen müsse entgegengetreten werden. Wir müssen eine wirtschaftliche Macht organisieren und ebenfalls einen Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen suchen. Leider sei der Individualismus unter unseren Kameraden noch sehr groß; dieser müsse beseitigt werden. Wir müssen auch eine recht vorsichtige Taktik innehalten, denn die Macht der Unternehmer darf nicht unterschätzt werden, falls wir auf Erfolg rechnen. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen interessanten Vortrag. Kamerad Boringer verwies dann auf die Interesslosigkeit der Bauhandwerker speziell in Karlsruhe, ferner beleuchtete er das Kontinieren auf den Bauten, das den Polieren hübsches Geld einbringt, aber dahin führt, den erbärmlichen Arbeitslohn noch zu kürzen, indem man für die wenige und saumäßig schlechte Waare ungeheuerlich viel Geld geben muß. Redner forderte die Anwesenden auf, besonders die jämmerlichen Einrichtungen möglichst bald zu beseitigen, was um so sicherer dann der Fall sein würde, wenn alle Bauhandwerker in Karlsruhe ihren Organisationen angehörten.

Kiel. Am 9. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Kassen- und Revisorenbericht, Abrechnung vom Herbstball, Bericht vom Provinzialverbandstage, die Arbeitslosigkeit, die Sonntags- und Ueberstundenarbeit und Verschiedenes. Zunächst legte der Kassirer die Abrechnung vor; die Revisoren bestätigten die Richtigkeit derselben, darauf wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Sodann wurde der kleine Ueberfluß vom Balle der Lotteriekasse überwiesen. Hierauf erstattete der Vorsitzende, Kamerad Lewin, Bericht vom Provinzialverbandstage. Da das Protokoll im „Zimmerer“ veröffentlicht ist, sehen wir von einer Wiederholung desselben ab. Eine lebhafte Debatte entspann sich dann über die Arbeitslosigkeit, die Sonntags- und Ueberstundenarbeit. Es wurde das Verhalten der Zimmerer auf den Plätzen Möller, Kohlschön und an der Hochbrücke zu Levensau scharf kritisiert, denn es ist doch ein zu krasser Gegensatz, wenn bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit noch immer von einigen Zimmerern Ueberzeit gearbeitet wird. Namentlich sind es frühere Mitglieder des Verbandes, welche den Werth der Organisation nicht begriffen haben. Im „Verschiedenes“ wurde zunächst das Auszahlen der Reiseunterstützung Kamerad Schrader übertragen. Hierauf erstatteten die Delegirten vom Gewerkschaftskartell Bericht. Nachdem dann noch zur Anschaffung neuer Bücher zur Bibliothek M. 28 ausgelegt worden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Rüdigersberg. Am 8. Oktober hielt der hiesige Lokalverband seine Mitgliederversammlung ab. Zunächst verlas der Kassirer die Abrechnung vom letzten Quartal. Selbige wurde für richtig befunden und dem Kassirer Decharge erteilt. Dann wurde Kamerad Samlowski zum Auszahlen der Reiseunterstützung gewählt. Ferner las der Vorsitzende einen Antrag aus dem „Zimmerer“ vor betreffs eines Provinzial-Handwerkertages für Ost- und Westpreußen. Es wurde beschlossen, daß wir uns an der Sache voll und ganz beteiligen wollen, da es sehr nötig ist, für diese Provinzen etwas zu thun. Dann machte der Vorsitzende bekannt, daß unser Verbandsbeitrag vom 1. Oktober wieder nur 10 $\frac{1}{2}$ pro Woche beträgt. Auf eine Anfrage über unser Sommervergnügen gab der Vorsitzende bekannt, daß die Vorstandsmitglieder, welche gewählt wurden, um ein Lokal zu besorgen, überall abgewiesen wurden. Herr Klein in Conradshof hatte es nicht gleich abgeschlagen, später erklärte er jedoch, er könne uns sein Etablissement nicht zur Verfügung stellen, weil unser Verband „auf der Liste steht“. Aus diesen Gründen müssen wir auf ein Fest verzichten.

Neubuckow. Am 4. Oktober hielt der hiesige Lokalverband seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Zunächst verlas der Kassirer die Abrechnung vom dritten Quartal, welche revidirt und für richtig befunden war. Nachdem die Beiträge erhoben waren, erfolgte die Wahl eines Vertrauensmannes zum Auszahlen der Reiseunterstützung, wozu der Kassirer C. Becker, Grabenstraße, gewählt wurde. Derselbe erklärte, daß er an den Wochentagen Abends von 6—8 Uhr, an Sonntagen zu jeder Zeit auszahlen wolle. Zum dritten Punkt wurde über unser Stiftungsfest debattirt und beschlossen, dasselbe am Montag, den 12. November, zu feiern. Am dem Tage soll auch unsere Generalversammlung stattfinden und darum die gewöhnliche Versammlung am 4. November ausfallen. Die Generalversammlung beginnt nachmittags um 2 Uhr. Gegen 6 Uhr findet gemeinschaftliches Abendessen statt und von 7 Uhr ab Tanz. Zur Leitung sind drei Mitglieder als Festcomité gewählt worden.

Breech. Am 7. Oktober hielt der hiesige Lokalverband seine regelmäßige Versammlung ab, in der zunächst Kamerad Sellmer zur Berichterstattung vom Provinzial-Verbandstag das Wort erhielt. Redner theilte uns den Gang der Verhandlungen ausführlich mit. Die Breecher Kameraden seien besonders scharf getadelt worden, weil sie noch immer nicht mit dem alten System gebrochen haben, weil sie noch immer einige Ueberbleibsel der alten Jungferemonien beibehalten hätten; die Ausbeutung der Lehrlinge beim Gesehewerden müsse fallen. Der Kraftgeist müsse mehr beseitigt werden, wir müssen uns nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch mit allen Arbeitern solidarisch erklären. Es war unserem Delegirten zur Pflicht gemacht worden, für die Beseitigung der alten Ueberreste zu sorgen, wir können dieses aber nicht allein, darum wurde beschlossen, eine Versammlung zum 4. November zu veranstalten und hierzu sämtliche Interessenten einzuladen. Zum Auszahlen der Reiseunterstützung wurde der Kassirer H. Sellmer gewählt. Alsdann erwähnte der Vorsitzende noch des

Streites über unsere Unterstützungskasse; da man sich über den Zweck der Kasse vielfach nicht einig war, soll dieser Punkt auf die nächste Tagesordnung gestellt werden.

Schwartau. Am 7. Oktober tagte unsere regelmäßige Versammlung. Auf der Tagesordnung stand Abrechnung vom dritten Quartal; Berichterstattung des Kameraden Barley vom vierten Provinzialhandwerkertage; das Verhalten des Kameraden Bruhn betreffs der Gemeinbearbeiten; Wahl eines Unterstützungskassirers; Fragekasten und Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassirer die Abrechnung vom dritten Quartal; nachdem dieselben für richtig befunden wurde ihm Decharge erteilt. Dann erstattete Kamerad Barley Bericht vom vierten Provinzialhandwerkertage. Die Sache des Kameraden Bruhn betreffs der Gemeinbearbeiten soll in einer Vorstandsitzung geregelt werden. Dann wurde Kamerad Barley zum Unterstützungskassirer gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde vom Kassirer angefragt, wie es mit dem Kameraden Stühr werden solle, da derselbe schon 21 Wochen resirt. Es wurde beschlossen, ihm nochmals eine Mahnung zuzuschicken und dem Kameraden Jakobsen eine Aufforderung zukommen zu lassen. Ferner wurde beschlossen, die November-Versammlung vom Ahrensboel gemeinschaftlich zu besuchen. Kamerad Begier stellte noch den Antrag, eine Versammlung bei Sprehn im Kreuzkamp abzuhalten, welches auch angenommen wurde. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Wandsbek. Am 10. Oktober fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: „Die neue Lohn- und Arbeitskarte“ und „Verbandsangelegenheiten“. Der Vorsitzende verlas zunächst ein Schreiben von den Wandsbeker Meistern, in welchem sich dieselben mit der Hamburger Lohn- und Arbeitskarte einverstanden erklärten. Hierüber entspann sich eine kurze Debatte, aus der hervorging, daß sich die Gesellen ebenfalls mit dieser Karte einverstanden erklärten. Dann verlas Kamerad Wiesel sämtliche säumigen Zahler, welche aufgefordert sind, ihren Verpflichtungen nachzukommen, aber bis jetzt nichts von sich haben hören lassen. Auf Antrag des Kameraden Schröder wurde beschlossen, daß sämtliche Mitglieder, denen eine Aufforderung zwecks Bezahlung ihrer resirenden Beiträge zugegangen ist und bis zur nächsten Versammlung dieselben nicht entrichtet haben, mit Schulden aus dem Verband gestrichen werden. Hierauf ersuchte der Vorsitzende, einen Kameraden zu wählen, welcher Reiseunterstützung auszusahlen hat. Gewählt wurde F. Kroll, Langereiche 43.

Wiesbaden. Am 6. Oktober tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung, in der wir gewöhnlich die Beiträge erheben und neue Mitglieder aufnehmen werden. Nachdem wurde die Frage aufgeworfen, ob wir uns am Gewerkschaftskartell beteiligen wollen. Alle Redner sprachen sich dagegen aus und hoben hervor, daß es besser sei, wenn wir unter uns bleiben würden. Uebrigens seien am Orte alle Gewerkschaften sehr schwach und hätten genug zu thun, um ihre Berufsgenossen zu ihrer Organisation heranzuziehen. Die Versammlung beschloß demgemäß. Dann wurde Kamerad Holl zum zweiten Vorsitzenden, Kamerad Paul zum ersten und Kamerad Krall zum zweiten Schriftführer gewählt. Schließlich wurde noch unser Stiftungsfest, das im November stattfinden soll, besprochen.

Baugewerbliches.

Beim „Kampf gegen den Umsturz“ wollen auch die Berliner Zimmermeister nicht zurückbleiben. Am Donnerstag, den 11. Oktober — so wird uns geschrieben — ließ in der Frankfurter Allee ein Zimmermeister eine „Richtkrone“ auf einen Neubau bringen, dieselbe war recht „patriotisch“ mit schwarz-weiß-rothen Bändern geziert. Die dort beschäftigten Maurer machten sich während der Zeit schon beim „Richtbier“ lustig; die Zimmerer gingen indessen nach vollbrachter Arbeit zu Hause, ohne das Bier zu kosten, weil dasselbe „bohlottverdächtig“ war.

Am anderen Tage fragte der „Meister“ den Polier, wer die schwarz-weißen Bänder von der Krone entfernt habe, und als er dies nicht in Erfahrung bringen konnte, entließ er 8 Zimmerer. Er hatte das Vaterland gerettet!

Eine ganze Zahl von Bauarbeitern durch Einsturz eines Neubaus verunglückt. B i e l i s - B i a l a , 8. Oktober. Die Bialaer Baumeisterfirma Em. Rost baut für den Arzt Dr. Kwicinski an der Bialaer Bahnstraße ein zweistöckiges Wohnhaus, welches schon unter Dach gebracht worden ist. In dem rückwärtigen Theile des Neubaus sind die Küchen mit gewölbter Decke angeordnet, und in allen drei Etagen waren die Maurer am Werke, die Decken resp. Wände derselben zu stiften. Auf dem rohen Gewölbe des zweiten Stockwerkes hatten die Maurer sogenannte Böcke aufgestellt und arbeiteten auf dem improvisirten Gerüste. Diese Arbeiter hatten, wie die „Silesia“ berichtet, nach der Mittagspause kaum ihre Arbeit angefangen, so stürzte der Boden unter ihnen ein; Maurerwerk, eiserne Traversen, Gerüste und Menschen stürzten in den ersten Stock auf die Arbeiter herab und schließlich durch die eingeschlagenen Wölbungen des Parterres und des Souterräns in den Keller. Theils in dem herniedergegangenen Baumaterial, theils unter demselben im Keller waren sieben Menschen eingeklemmt, die herzerregend nach Errettung aus ihrer qualvollen Situation schrien. Zur ersten Hülfsleistung erschienen Ingenieur Kippers mit Arbeitern von der Firma G. A. Wahß und Leute von der beim Kanalbau beschäftigten Wiener Unternehmung Mittel und Brausewetter und begannen das Rettungswerk. Die Arbeiter waren wegen der eingestürzten Menschen und des be-

fürchteten Nachsturzes sehr zeitraubend und der letzte der Verunglückten, der aus dem Keller heraus noch um 3 Uhr nach Hilfe gerufen hatte, konnte leider erst 15 Minuten später als Leiche herausgeholt werden. Die drei Toten aus dem Kellergewölbe waren die Maurer Johann Czaderny aus Poln.-Bazdorf, Josef Czapnik aus Kojn und Mathias Rosmus aus Czadowitz. Eine Tochter des Maurers Czaderny arbeitete auf dem Baue als Handlangerin und mußte zusehen, wie ihr Vater um's Leben kam, ohne daß ihm Hilfe gebracht werden konnte. Von den oberhalb eingezwängten Maurern starb Andreas Biomski aus Alexanderfeld während des Transports in's Krankenhaus. Schwere Verletzungen trugen Franz Koda aus Janowice und Johann Balarczyk aus Kojn davon, welche sich im Spital befinden. Josef Mateja allein hatte von Glück zu sagen; er trug nur leichte Kontusionen an den Füßen davon und vermochte den Unglücksplatz ohne fremde Hilfe zu verlassen.

Aus Ungarn wird geschrieben: Von der Bau-tätigkeit in Budapest läßt sich nichts Erfreuliches berichten. Die Bauarbeiter haben heuer viel weniger zu thun, als in früheren Jahren, wo keine Vorbereitungen zur Winternumfester gemacht wurden. Die Ausstellungen arbeiten sind nicht viel. Einige Bauten werden hergestellt, mit der Berechnung, daß sie nur einige Jahre auszuhalten haben. Die Steinmearbeiten zu diesen Bauten (Stiegen und Sockelplatten) bezieht man, aus purem Patriotismus, größtentheils aus dem Auslande. Käufer entstehen bei uns, fast könnte man sagen, über Nacht. Thatsächlich wird bei vielen Bauten bis spät in die Nacht hinein gearbeitet, trotzdem es genug beschäftigungslose Maurer giebt. Zimmerarbeiten sind auch nicht viel vorhanden. Die Lage der hiesigen Zimmerer ist eine besonders schlechte. Ihre Arbeitszeit ist übermäßig lange, und ihr Lohn ist ein sehr niedriger. Uebrigens ist dies auch bei den Steinmearn der Fall. Arbeitslose sind genug vorhanden. So sehen die Herrlichkeiten von Budapest aus! Die bürgerliche Presse kann aber trotzdem begeisterte Loblieder singen über den gewaltigen Fortschritt der Haupt- und Residenzstadt Budapest. Wir geben den Fortschritt wohl zu, aber einen Vortheil davon haben nur die Reichen. Was die Ausbeutung anbelangt, wird hier Unübertreffliches geleistet. Das Elend der Arbeiter überragt alle Herrlichkeiten, davon wissen aber die bürgerlichen Prekslatoren nichts zu erzählen. In der Provinz wird es für Bauarbeiter wohl ein wenig Arbeit geben, doch darüber werden wir später berichten.

Sozialpolitisches.

Die Schwerefälligkeit der deutschen Reichs-gesetzgebung wird im Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Parteitag hervorgehoben, was auch uns recht nothwendig erscheint.

Die Anträge der sozialdemokratischen Reichstags-fraktion:

1. Regelung und Vermehrung der Wahlkreise.
2. Einführung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für die Volksvertretungen in allen Bundesstaaten.
3. Einheitliche und freie Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts und Sicherstellung der Koalitionsfreiheit.
4. Einführung der Gewerbe-Ordnung und des Reichs-gesetzes in Elsaß-Lothringen.
5. Abänderung des Art. 31 der Reichsverfassung (betr. Verhaftung und Verfolgung der Mitglieder des Reichstages.)

ebenso ein von Fraktionsmitgliedern gestellter Antrag auf Aufhebung des Impfwanges

kamen in der verfloffenen Session überhaupt nicht mehr zur Verathung. Einmal ist die Möglichkeit — so heißt es im Bericht — Anträge aus der Mitte des Hauses zur Verhandlung zu bringen, eine durch die Geschäfts-ordnung und Praxis des Hauses ohnehin sehr beschränkte; dann gelangen die Anträge an den sogenannten „Schwerinstagen“, die je nach der Fülle der dem Hause vorliegenden und zur Erledigung zu bringenden Arbeiten auch häufig in Ausfall kommen, in der Reihenfolge des Eingangs zur Erledigung. In der letzten Session aber hatten sowohl das Centrum wie die Konservativen bereits sofort nach Zusammenritt des Reichstags ihre aus der letzten Session zurückgestellten Anträge wieder beim Präsidium des Reichstags eingebracht und waren somit uns wie allen übrigen Parteien zuvorgekommen. Wenn wir auch für die nächste Session des Reichstags uns gegen derartige Eventualitäten zu sichern vermögen, so dürfen wir uns doch der Thatsache nicht verschließen, daß es bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstags für unsere Fraktion geradezu weggenorfene Mühe und Arbeit wäre, wollten wir, wie es einzelne Genossen jenseits in ihren Anträgen zum Parteitag wünschen, die von uns an das Parlament zu stellen den Forderungen immer in Form von ausgearbeiteten Gesetzentwürfen dem Hause vorlegen. Bei dem Fehlen jeglicher Aussicht für die Annahme unserer Anträge müssen wir uns darauf beschränken, die Nothwendigkeit der von uns geforderten legislativen Schritte nachzuweisen und zu betonen, die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe im Einzelnen aber müssen wir von der Regierung bezw. den Faktoren verlangen, die ihrer Stellung nach für solche Arbeiten berufen sind und dafür vom Reiche besoldet werden.

Die heutigen „Volks“vertretungen bilden geradezu einen Hohn auf den Namen selbst; dies trat kürzlich

in Hamburg so recht zu Tage. Während in den meisten deutschen Staaten das Retentionsrecht der Hauswirthe eingeschränkt worden ist, so daß der Miether, der kein Geld hat, nicht mehr bis auf den nackten Leib ausgepöndelt werden kann, ist in der Hamburger „Bürger-schaft“ ein dahingehender Antrag, der ein ganzes Jahr hindurch hin- und hergezerrt worden ist, abgelehnt worden — das ehrt doch sicherlich eine Bürger-schaft!

Ueber solche Vorkommnisse wundert man sich aber dann nicht mehr, wenn man weiß, daß die hiesige Ham-burger „Bürger-schaft“ zu einem vollen Viertel aus Ab-geordneten besteht, die das Grundeigenthum wählt, und daß im Weiteren, durch die lächerlich kleine Zahl Wähler, die so gut wie alle den „bessergestellten“ Klassen ange-hören, bewirkt wird, daß thatsächlich drei Viertel der Bürger-schaftsmitglieder Grundeigentümer, und daß von denen wiederum rund zwei Drittel sogenannte „Haus-wirthe“ sind. Daß diese Personen sich zu der „freisinnigen Partei“ rechnen, macht die Sache nicht besser, dadurch wird nur dokumentirt, daß die Interessen der „Frei-sinnigen“ mit den Interessen des Volkes nichts gemein haben!

Es ist geradezu ekelergend, wenn man sieht, daß durchaus ehrlichen Arbeitern, die bei der gegenwärtigen ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit in Hamburg außer Stande sind, ihre Miethe zu bezahlen, ein Konstabler vor die Haustür gestellt wird, damit sie ja nicht „rücken“ können. Wohlverstand, es ist ekelergend, wenn die Staats-macht sich dazu hergeben muß, ehrlichen Arbeitern das letzte Bettstück und das letzte Hemd fortzunehmen, damit der Hausagrarier, der oft genug in unverschämter Weise die Miethe zu unerschwinglicher Höhe emporgeschoben hat, nicht zu kurz kommt. Hoffentlich trägt die schamlose Partherzigkeit dazu bei, daß bald bessere politische Zu-stände Platz greifen.

Der Regierungspräsident zu Schleswig hat an die Landräthe folgende Rundverfügung erlassen: „Wie zu meiner Kenntniß gekommen ist, stellen im dies-seitigen Bezirke Gemeinde- und auch Amtsvorsteher häufig ohne weitere Prüfung der thatsächlichen Verhältnisse an arbeitslose, umherziehende Personen Beschneidungen dahin aus, daß dieselben vergeblich um Arbeit sich bemüht hätten. Diese Beschneidungen haben für die be-treffenden Personen insofern Bedeutung, als im Falle ihrer Vorweisung die Gerichte nicht selten von einer Verurtheilung wegen Landstreichens überhaupt oder doch wenigstens von einer den Umständen nach angezeigten Ueberweisung an die Landespolizeibehörden absehen. — Euer Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, mir gefälligst anzuzeigen, ob im dortigen Kreise Mißstände der ge-dachten Art hervorgetreten sind.“

Ein „Mißstand“ ist es also, wenn sich die Leute beschneiden lassen, daß sie sich um Arbeit bemüht haben, um dem ihnen sonst offen stehenden Arbeitshaus zu ent-gehen. Es scheint, als ob man mit besonderer Vorliebe arbeitslose Leute zu Landstreichern stempeln möchte.

Die sächsischen Ordnungs-Sampelmänner sammeln Unterschriften für Petitionen an den Reichstag, um Knebelung der Arbeiter. Voriges Jahr winkelten 42 „Gemeindevorstände“ den Landtag um „Schutzmaß-regeln“ an. Einer von diesen Ordnungsführern ist neulich mit Hinterlassung einer Ehefrau und unter Mitnahme einer jungen Dame, die nicht seine Tochter war, durch-gebrannt — ohne Zweifel, um, durch keine Familien-sorgen gehemmt, so erfolgreicher „für Religion, Ord-nung und Sitte“ kämpfen zu können.

Das Umsichgreifen des Zweifinder-Systems. Der Abhandlung des Medizinraths Dr. Geißler über: „Die Bewegung der Bevölkerung im Königreich Sachsen 1827“ entnehmen wir folgende Mittheilungen: Im Verhältniß zu je 1000 Lebenden kamen im Königreich Sachsen durch-schnittlich pro Jahr:

	Ehe-schließungen	Lebend-geborene	Geborene überhaupt
1876/80.....	8,86	43,42	45,23
1881/85.....	8,92	41,82	43,45
1886/90.....	9,23	41,65	43,24

Zunahme bez. Abnahme + 4% — 4,2% — 4,4%

Trotz der bedeutenden Zunahme der Heirathsfrequenz nahm die Zahl der Geburten beträchtlich ab. Eine der Hauptursachen dieser Erscheinung ist zweifellos das Um-sichgreifen des Zweifinder-Systems — eine naturnothwendige Folge des sich immer schwieriger gestaltenden Kampfes um's Dasein.

Interessant sind ferner die Mittheilungen des Ver-fassers über das Prozentverhältniß der Todtgeborenen zur Gesamtzahl der Geburten. Nach Jahrfristern be-rechnet, betrug dieses:

1836/40.....	4,64	1866/70.....	4,86
1841/45.....	4,63	1871/75.....	4,22
1846/50.....	4,53	1876/80.....	4,01
1851/55.....	4,41	1881/85.....	3,75
1856/60.....	4,49	1886/90.....	3,67
1861/65.....	4,48		

Als Hauptursache dieser Verminderung glauben wir die Ausbreitung der medizinischen Kenntnisse, besonders aber die bessere Ausbildung der Hebammen, nennen zu dürfen. Daß sie nicht der besseren physischen Beschaffen-heit des Frauenkörpers zugeschrieben werden kann, braucht bei der immer mehr um sich greifenden Beschäf-tigung der Frau in der Industrie kaum besonders betont zu werden.

Ueber die Kolonialpolitik urtheilte der berühmte Geschichtschreiber des mittelalterlichen Rom und Athen,

Ferdinand Gregorovius, folgendermaßen: „Er sehe mit Widerwillen, wie sich die hungrigen Mächte Europas als neue Konquistadoren auf Afrika unter dem Vorwande stützen, dem Christenthum und der Zivilisation neue Gebiete zu erobern. Früher sei das Christenthum ein Deckmantel politischer Verbrechen gewesen, heute sei die „Zivilisation“ das hochtrabende Pseudonym für „Baum-wolle“ und andere Absatzartikel.“

Orden an Arbeitermörder. Dem Wachtmeister Mark, der am 9. Mai beim Dreifaltigkeitsfeste in Polnisch-Ditrau auf die den Schacht angeblich bedrohenden Bergarbeiter mehrere Salven nacheinander abgeben ließ, durch welche 10 Mann sofort getödtet, 16 schwer ver-wundet und 8 leicht verletzt wurden, ist die allerhöchste Anerkennung zu Theil geworden.

Der Brünner „Tagesbote“ meldet: „Der Gen-darmarie-Wachtmeister Mark, derzeit in Wagstadt stationirt, ist wegen seines mannhafsten und entschlossenen Einschreitens gegen die streikenden Arbeiter in den Kohlengruben von Polnisch-Ditrau mit dem silbernen Verdienstkreuz mit der Krone ausgezeichnet worden.“

Eine Bemerkung zu dieser Auszeichnung scheint uns überflüssig.

Ueber Arbeitsverhältnisse in Australien er-hält die „Münchener Post“ von einem nach Australien ausgewanderten Münchener Genossen eine keineswegs er-freuliche Schilderung. Der betreffende Genosse ist seit seiner Ankunft in Australien meist in Melbourne be-schäftigt und schreibt u. A.: Die Stadt hat seit einigen Jahren um circa 50 000 Seelen abgenommen. Der Geschäftsgang liegt sowohl in der Stadt wie im Lande total darnieder. Gebaut wird in Melbourne absolut nichts. Als Möbeltschler mögen nur einige Duzend Leute (Europäer) beschäftigt sein, da sich das Möbel-geschäft fast ausschließlich in den Händen der Chinesen befindet. Von dieser Sorte kommen mehrere Hundert auf ihr kümmerliches Brod bezw. ihren Reis. Die Bühne sind seit zwei Jahren um zwei Drittel gesunken. Hunderte können absolut keine Beschäftigung austreiben, doch be-finden sich diese Armen gegenüber ihren Leidensgenossen in Deutschland wenigstens in einer Hinsicht in günstigeren Verhältnissen; sie brauchen nicht zu frieren, da das Klima ein sehr gutes ist.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Vom süddeutschen Agitationscomité geht uns folgender Kasfenbericht, der vom 13. Mai bis 30. Septbr. reicht, zur Veröffentlichung zu:

Einnahme.

Alter Bestand.....	M. 134,66
An Agitationsmarken à 5 M:	
Lokalverband Saarbrücken (100 Stück).....	5,—
" Neustadt (48 Stück).....	2,40
" Wiesbaden (100 Stück).....	5,—
" Karlsruhe (300 Stück).....	15,—
" Mainz (92 Stück).....	4,60
" Mannheim (200 Stück).....	10,—
Summa.....	M. 176,65

Ausgabe.

Bertretung des Agitationscomités in München.....	M. 27,80
Sektographenmasse.....	2,85
Papier.....	5,60
5000 Agitationsmarken.....	10,—
Für einen Referenten nach Stuttgart.....	12,—
" " " " Ludwigshafen.....	—,70
" " " " Freiburg.....	15,70
Porto.....	4,80
Summa.....	M. 78,95

Bilanz.

Einnahme.....	M. 176,65
Ausgabe.....	78,95
Kassenbestand.....	M. 97,70.

Agitationsmarken à 5 M stehen noch aus: Neu-stadt a. S. (20 Stück) M. 1, Kassel (100) M. 5, Cannstatt (100) M. 5, Kaiserlautern (100) M. 5, Pirmasens (100) M. 5, Zweibrücken (100) M. 5, München (322) M. 16,10, Saar-brücken (100) M. 5, Ludwigshafen (140) M. 7, Freiburg (100) M. 5, Karlsruhe (100) M. 5, Heidelberg (100) M. 5, Stuttgart (200) M. 10, Mannheim (200) M. 10.

Das Agitationscomité für Süddeutschland. J. A.: P. Schilling, Mannheim, Redargärten, Mittelstraße 112, III.

Die Vorstände der oben verzeichneten Lokalverbände werden ersucht, dafür zu sorgen, daß die Beträge für die Marken möglichst bald eingeliefert werden und zwar an die vorstehende Adresse.

„Wenn Ihr Euch unter einander beißt und freßt, so seht zu, daß Ihr nicht miteinander aufgefressen werdet!“ Diesen Mahnruf könnte man in der Arbeiterbewegung leider sehr oft anwenden, ob er nützte, ist freilich eine zweite Frage.

Unter den Lössern in Berlin bestehen, wie bei allen Bauarbeitern, zwei Organisationen; dieser Mißstand macht sich gegenwärtig beim „Fensterfreit“ recht fühlbar. Der „Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Lösser Berlins“ beschloß: „die Arbeitsräume vom 15. Oktober ab nicht mehr zu betreten, bis dieselben verglast sind; angefangene Stücke dürfen nicht mehr fertig gestellt werden.“

Die Filiale des „Allgemeinen Lösservereins“ be-schloß dahingegen: „1. Auf Bauten, die ihrer Voll-endung entgegenstehen und wo verglast wird, die Arbeit

rtig zu stellen. 2. Auf Bauten, die erst angefangen, sind die Stücke fertig zu machen und dann die alten Beschlässe aufrecht zu erhalten. 3. In anzufangenden Bauten ist nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis verg. ist."

Uns fällt es natürlich nicht ein, darüber zu urtheilen, welcher Beschluß der praktischste ist, indessen werden diese verschiedenen Beschlässe dazu führen, daß die gegenseitige Erbitterung noch gesteigert werden wird. Wenn der Streik im Sande verläuft, dann wird die eine Partei die Schuld daran auf die andere zu schieben versuchen.

Daß der Streik aber im Sande verlaufen wird, ist höchst wahrscheinlich, wenn man bedenkt, daß schon vier Jahre um die Forderung gestreift werden ist. Im Jahre 1890 erhielt die 486 Kollegen mit 525 Kindern M. 10 223,40, 1891: 497 mit 542 Kindern M. 11 116,50, 1892: 536 mit 621 Kindern M. 10 987,35 und 1893: 662 mit 734 Kindern M. 11 899,05.

Ueber den Berliner Bierboycott läßt die Provinzialpresse, daß es eine Art hat. Wir haben uns mit der ganzen Angelegenheit bisher wenig befaßt, weil es in erster Linie eine rein lokale Sache der Berliner Arbeiter ist und weil wir annehmen, daß besonders die lokalen „Kampf“organisationen in Berlin die paar Mark Unterstützung, die zur Unterhaltung der ausgeschlossenen Brauereiarbeiter notwendig sind, mit Leichtigkeit aufbringen würden. Um jedoch Klarheit über den Stand der Sache nach Außen zu verbreiten, drucken wir folgenden Aufsatz nach:

Arbeiter, Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Berliner Bierboycotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterchaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn, zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte auf's Pflaster gemorfen worden. Es handelte sich damals um keinen Streik, um keine Forderung auf mehr Lohn oder kürzere Arbeitszeit — nein — der brutale Uebermuth der Brauerkapitalisten wollte einen Vernichtungskampf gegen die organisierte Arbeiterchaft. Und nun soll n nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreißig Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langamen Zugrundegehen überliefert werden, dreiunddreißig Mann, von denen keiner Schuld an dem Boykott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppelbeziehung des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Wache verlangt die Vernichtung von weiteren dreiunddreißig Existenzen. Und dazu sollte — zum Hohn auch noch — die Schmach — die Berliner Arbeiterchaft ausdrücklich ihre Zustimmung geben!

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinnen ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter dulden, daß ein ehrloser Friede geschlossen wird.

Die im Biering vereinigten Kapitalprohen glaubten den Arbeitern entwürdigende Bedingungen auferlegen zu können, zeigen wir den Herren, daß sie sich gründlich geirrt haben.

Wir wollten aufrichtig den Frieden. Als die unter dem Boykott schwer leidenden Saalbesitzer und Gastwirthschaft zu Friedensverhandlungen drängten, entzogen wir uns denselben nicht; bis zur Grenze der Möglichkeit sind wir den Brauereidirektoren entgegengekommen, weil wir bei Hunderten von Gemäßigten wieder endlich Arbeit und ihren Weibern und Kindern endlich wieder Brot verschaffen wollten. Die Brauereidirektoren aber wollten diesen ehrlichen Frieden nicht!

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boykott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Von heute an muß die Parole „Kein Tropfen Ringbier!“ mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden um den Boykott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterchaft sofort mit verdoppelter Kraft Hand an's Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boykotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauereidirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterchaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen.

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernere Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth müssen wir abermals appelliren.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit fünf Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thatkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterchaft hat den Handschuh aufgenommen, und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klasseninteresse nicht bloß, Eure Klassenehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg!
Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boykott!
Die Boykottkommission.

Die Verwaltungskosten der sozialdemokratischen Partei sind den Gewerkschaften schon oft als Muster vorgehalten worden, und da der Bericht des Parteivorstandes dieses Jahr für die Gewerkschaften gerade nicht viel Interessantes bietet, wollen wir doch die diesbezüglichen Angaben hier mittheilen. Für Gehälter, Miete, Heizungs- und Beleuchtungskosten der Bureau- und Archivräume, für Telephon-, Telegramm- und Postgebühren, für Druckkosten, für Zeit- und Reiseentschädigungen für die Revisoren der Kasse und für die Konferenzen der Parteivertretung sind M. 17 407,83 verausgabt worden. Einbegriffen sind in dieser Summe M. 500 für den Umzug des neugewählten Schriftführers von Hamburg nach Berlin und M. 214,25 für diverse Ausgaben für den Parteitag in Köln 1893.

In der Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 30. September 1894 gingen 4248 Briefe und Karten beim Parteivorstande ein und 4100 Briefe, resp. Karten aus.

An die Presse sind M. 45 275,17 Zuschüsse geleistet worden. Hier von werden 17 Zeitungen betroffen; andere haben natürlich auch Ueberschüsse gehabt, besonders der „Vorwärts.“ Der Bericht des letzteren Blattes erscheint uns derartig interessant, daß wir das Wichtigste daraus hier wiedergeben:

	Juli- Septemb. 1893		Oktober- Dezember 1893		Januar- März 1894		April- Juni 1894	
	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
Gesammt-Ein- nahme . . .	119299	70	118469	20	113551	45	121673	60
Ausgabe.								
Div. Unkosten. Zeitungs- Abonnement. Berichterstatt- Honorar. . . . Feuilleton . . . Redaktion und angestellte Mitarbeiter . . Debeskosten und Parlaments- berichte Neue Welt . . . Gehälter der Expedition . . . Miethe Gerichtskosten und Strafen . . Redaktions- Bibliothek . . . Druckrechnung	2768	—	6347	80	7763	80	3849	40
	311	05	405	35	283	75	264	—
	3878	30	5671	45	5362	05	7095	80
	559	30	721	40	180	—	417	80
	9867	90	10411	15	8477	40	9540	—
	457	50	1737	15	930	—	847	80
	6957	50	6103	90	6094	70	6370	10
	2181	50	2153	—	2300	—	2346	—
	933	10	1219	30	1012	50	1012	50
	749	80	1910	45	1716	90	1207	80
	217	—	—	—	188	65	207	25
	76840	55	73144	20	68415	80	74058	80
Ges. Ausgabe.	105721	50	109825	15	102725	55	107217	25
Gewinn	13578	20	8644	05	10825	90	14456	35
	119299	70	118469	20	113551	45	121673	60

Dieser Ausstattung gegenüber gleicht die Gewerkschaftspresse dem Waifenkinde im 16. und 17. Jahrhundert.

Situationsbericht.

Aus Spanien erhalten wir folgende Zuschriften: Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Weberei und Spinnerei „Industria Malagueña“ in Malaga, 4000 an der Zahl, befinden sich im Ausstand. Die Arbeitgeber verlangen die Auflösung des Arbeiterausschusses der Fabrik und der vor vier Jahren gegründeten Organisation. Außerdem sollen neunzehn Arbeiter der Kunstwerkstatt, die sich besonders in der Organisation hervorgethan hatten, entlassen werden. Die Unterstützung dieses Ausstandes übersteigt die Kräfte der organisierten spanischen Arbeiter, wie der ganzen Arbeiterchaft. Deswegen wenden wir uns an die Arbeiterorganisationen Deutschlands mit der Bitte, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, damit wir nicht den hartherzigen Bourgeois unterliegen müssen und unsere Organisation aufgelöst wird. Die oft bewiesene internationale Solidarität der deutschen Arbeiterchaft wird sich auch in diesem Falle wieder bewähren. Sendungen sind zu richten an: Antonio Garcia Quejido, Rue Sadurni 3. 1. o., Barcelona, Spanien.

Die Glasarbeiter in Cerello, wo 600 derselben beschäftigt sind, befinden sich im Ausstande. Nach den uns zugegangenen Nachrichten bemüht sich ein gewisser Rudolf Goldschmidt, in Deutschland Glasarbeiter für Cerello zu engagiren. Außerdem soll sich auch ein Agent in Oldenburg erboten haben, von dort aus Glasarbeiter nach hier zu senden. Wir bitten die deutschen Glasarbeiter, sich nicht irre führen und sich als Streikbrecher für Cerello anwerben zu lassen. Wir rechnen bestimmt darauf, daß sich die deutschen Arbeiter nicht dazu brauchen lassen werden, uns in unserem Kampfe zu schädigen, sondern daß sie uns vielmehr ihre Unterstützung andeuten lassen werden. Antonio Mayor, Calle Calabria Nr. 50. 3 o 2 a, Barcelona, Spanien.

Die Generalkommission.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Zur „Versammlungsfreiheit“ der Danziger Arbeiter. Das Polizeipräsidium in Danzig hat, „aus verschiedenen Zeitschriften ersehen“, daß die Polizeiverordnung, unter der die organisierten Arbeiter in Danzig schwer zu leiden haben, „nicht allgemein bekannt zu sein scheint“ und darum dieselbe vollständig veröffentlicht. Da wir ebenfalls eine Zuschrift aus Danzig brachten, die nicht ganz dem Wortlaute der Verordnung entspricht, so drucken wir diese hier vollständig ab:

Polizei-Verordnung, betreffend den Konsum geistiger Getränke in zu einer Gast- oder Schankwirtschaft nicht gehörigen öffentlichen Versammlungsräumen.

Der Konsum geistiger Getränke irgend welcher Art in Lokalen, welche zu öffentlichen Versammlungen benutzt werden, ohne zu einer auf Grund des § 33 der Reichsgewerbeordnung konzeffionierten Gast- und Schankwirtschaft zu gehören, unterliegt folgenden Vorschriften: § 1. Die Versammlungsräume müssen eine solche Größe haben, daß auf jeden Besucher ein Minimalraum von 0 Kubikmetern und ein Flächenraum von mindestens 1 1/2 Quadratmetern kommt.

§ 2. Die Versammlungsräume dürfen zu Wohn- oder Schlafzwecken nicht benutzt werden und in keiner Verbindung mit sonstigen Wohn- oder Schlafräumen stehen.

§ 3. Zu den Versammlungsräumen muß eine Abortanlage gehören, welche den polizeilichen Anforderungen für die Abortanlagen der Gast- und Schankwirtschaften entspricht.

§ 4. Die Versammlungsräume müssen mit einer gehörigen Ventilation versehen sein. Die Thüren dürfen nicht nach innen aufschlagen.

§ 5. Der Eingang des Hauses und des Hausflurs muß bis zum Eintritt der Polizeistunde hell erleuchtet sein.

§ 6. Zur Aufsicht über die Versammlungsräume dürfen nur solche Personen verwendet werden, welche eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde darüber vorlegen, daß ihre Verwendung polizeilichen Bedenken nicht unterliegt, diese Bescheinigung ist nur dann zu verjagen, wenn gegen den Betreffenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß er seine Stellung zur Förderung der Bällerei, des verbotenen Spiels, der Hehlerei oder der Unfittlichkeit mißbrauchen werde.

§ 7. Der in § 6 gedachte Erlaubnißschein kann jederzeit zurückgezogen werden, wenn nachträglich Thatsachen eintreten, auf Grund deren die Verjagung erfolgen kann.

Uebertretungen dieser Polizei-Verordnungen werden mit Geldstrafe bis zu M. 30 geahndet, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt.

Dem Begleitschreiben des Polizeipräsidiums, an den „Danziger Courier“ entnehmen wir noch, daß sich nimmehr „in dem Versammlungstokal der Sozialdemokraten“ (so steht es wörtlich da) „ungefähr“ 50—60 Personen versammeln dürfen! Es wird dann noch angeführt, daß sich die Verordnung, „nicht gegen ein einzelnes Lokal richtet, sondern gang allgemein sämtliche Versammlungsräume, die zu einer Gast- oder Schankwirtschaft nicht gehören, trifft.“

Nun, wir glauben das ganz gern, wir wissen aber, daß ein derartiges zweites Lokal in Danzig nicht existirt und darum kann die Verordnung nur auf das „Versammlungstokal der Sozialdemokraten“ — was übrigens den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehört — angewendet werden. Wir wußten freilich auch so, daß jeder Preuße vor dem Gesetze „gleich“ ist, die Sache ist nur die, daß nicht alle Preußen in „gleichen“ Verhältnissen leben. Die Danziger Bourgeoisie z. B. kommt nicht in die Lage, ein Versammlungstokal wie das in der Breiten-gasse Nr. 42 benutzen zu müssen.

Arbeiterversicherung.

Ein Kongress für Arbeiterhygiene wird vom 27. bis 31. Oktober in Lyon in der dortigen Arbeitshörse tagen. Derselbe wird sich in erster Linie mit der Länge des Arbeitstages und dem wöchentlichen Ruhetage vom hygienischen Standpunkte aus befassen; weiter mit der Kleinarbeit, der Arbeit der Frauen während deren Schwangerschaft, vor und nach deren Niederkunft, sowie mit der Anwendung des Gesetzes vom 2. November 1893, betreffend die Arbeit der in den industriellen Unternehmungen beschäftigten Kinder und Frauen; sodann mit der Anwendung des Gesetzes vom Jahre 1893, betreffend die Sicherheit und Hygiene der Arbeiterwohnungen. Gleichzeitig wird er die Maßregeln diskutieren, die behufs Durchführung der vom Kongresse gefaßten Resolutionen zu ergreifen sind.

Für Krankenkassen interessant ist ein Bescheid der sächsischen Regierung, welcher den freien eingeschriebenen Hülfskassen in Dresden unlängst zugegangen ist. In dieser Verordnung, welche die Stellung der staatlich approbirten Mediziner und die der Laienärzte (Naturheilkundigen) in Bezug auf das Krankenkassen-Gesetz genau präzisirt, heißt es, daß zunächst unter der im § 6 des genannten Gesetzes vorgeschriebenen ärztlichen Behandlung eine solche durch einen approbirten Arzt zu verstehen sei; ohne ausdrückliche Genehmigung des Kassenvorstandes könnten die Mitglieder auch keine andere Behandlung als durch einen approbirten Arzt verlangen. „In einzelnen besonderen Ausnahmefällen,“ heißt es nun weiter, „könne es der Kasse jedoch nicht verwehrt werden, zur Behandlung der Versicherten auch Nichtärzte heran-

zuziehen und auch in diesen Fällen die Kosten des Heilverfahrens zu übernehmen. Die Gleichstellung von approbirten Ärzten und den Vertretern der Naturheilmethoden sei jedoch in Bezug auf ihre Betheiligung an den Kassenangelegenheiten unzulässig; den ersteren müsse zweifellos die Befugniß zur Ausstellung von Zeugnissen, Gutachten usw. vorbehalten bleiben.

Eingekandt.

In Bremen werden über unsere Versammlungsbeschlüsse falsche Gerüchte verbreitet, die nur dahin wirken können, unsere Organisation zu schädigen. Das ist sehr betrübend und eine kaum verzeihliche Thorheit von Denjenigen, die solche Gerüchte ausprägen.

Daß es aber möglich ist, solche Gerüchte zu kolportieren, liegt daran, daß der Versammlungsbesuch in der letzten Zeit erheblich nachgelassen hat. Käme jedes Verbandsmitglied zur Versammlung, dann würde es Niemanden geben, der sich Bären ausbilden läßt.

Ich ersuche deshalb alle Verbandsmitglieder in Bremen, Sonntag, den 4. November, in der Lokalverbandversammlung zu erscheinen, denn das fehlt gerade noch, daß wir uns jetzt durch altes Weibergewäsch entweihen würden. Darauf haben unsere Ausbeuter schon längst gewartet; sorge jeder Kamerad dafür, daß diese Leute ihren Willen nicht bekommen. Escheint also Alle in der nächsten Versammlung. Heinrich Armgart.

Literarisches.

Heft 16 des Volks-Lexikon, herausgegeben von Emanuel Wurm, Verlag von Wörle & Co. m. p., Nürnberg, ist soeben erschienen und enthält folgende größere Artikel:

Bibel (Neues Testament mit historisch-kritischen Erläuterungen, Bibelübersetzungen); Bildhauerkunst (Geschichte derselben in Ägypten, Babylonien und Assyrien, Persien, Indien, Griechenland, Etrurien, Rom im Mittelalter, Italien, Deutschland usw., Neuzeit, mit Beschreibung der wichtigsten Kunstwerke); Bildhauer, kunstgewerbliche (Bühne, Arbeitszeit, Geschichte, Kämpfe und Leistungen ihrer Organisation); Bimetallismus (Geschichte desselben, Bedeutung, Gold- und Silberproduktion); Bitterstoffe, Blauer Montag, Blei, Blut (Beschaffenheit, Kreislauf, Erkrankungen) mit 2 Abbildungen (Darstellung des Blutkreislaufes und des Gefäßsystems).

Alle 14 Tage erscheint ein Heft. — Das Volks-Lexikon kann durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungskatalog unter Nr. 6879 a (9. Nachtr.), im bayerischen Postzeitungskatalog unter Nr. 760a (Nr. 25 des B. Bl.) eingetragen.

Soeben erschien das 3. Heft des kürzlich von uns angezeigten Werkes „Naturkräfte und Naturgesetze“ von Dr. Anton Lam p. a. (Verlag der Ersten Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, Wien, VI/1, Gumpendorferstraße 8.) Preis 20 Kr. = 12 fr. Das Heft enthält u. A.: Ueber die Aggregatzustände. — Erklärung derselben durch die neuere Wärmelehre. — Carnot's Kreisprozeß. — Die umkehrbare Maschine. — Das Perpetuum mobile. — Das Prinzip der Erhaltung der Energie. — Woher stammt die Sonnenenergie? usw.

Bestellungen auf das Werk, welches in circa 12 Heften vollständig sein wird, nehmen alle Buchhändler und Kolporteurs entgegen, sowie auch die Verlagsbuchhandlung.

Sonntagsblatt für freien Geseftesausstausch. Herausgegeben von Th. v. Wächter. U. Jung's Verlag, Stuttgart. Dies „Sonntagsblatt“ will seinen Lesern das bieten, was öffentliche Volksversammlungen mit freiem Meinungsstausch bezwecken: ein gegenseitiges Sichauseinanderlegen in den wichtigsten Geseftesfragen der Gegenwart. Insbesondere möchte der Herausgeber darin seinen Standpunkt als Christ und als Sozialdemokrat im freiesten Gesefteskampf mit den Vertretern jeder anderen religiösen oder politischen Gesinnung verfechten.

Dies „Sonntagsblatt“ ist für 50 Kr. im Vierteljahr bei der Post zu abonnieren (Postzeitungskasse für Württemberg 278 b. für das Deutsche Reich 6228 a). Agenten erhalten 30 Proz. Rabatt und beliebig viel Probenummern umsonst und postfrei zugesandt.

Soeben erschien und ist von U. Jung's Verlag, Stuttgart, gegen Einfindung des Betrages (auch in Briefmarken) zu beziehen: „Die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion“ von Kandidat der Theologie Theodor von Wächter.

Das Schriftchen legt zunächst die Bedeutung des sozialdemokratischen Programms über die Religion dar, wie derselbe nur eine Forderung für die künftige Volksgesetzgebung ist und Nichts ausagt über die Stellung zur Religion innerhalb der sozialdemokratischen Parteigenossenschaft. Diese letztere Frage, insbesondere die Frage der inneren Vereinbarkeit oder Nichtvereinbarkeit von Religion und Sozialdemokratie, behandelt in eingehender Weise der zweite Theil.

1 Exemplar 20 Kr., 10 Exemplare M. 1,50, 100 Exemplare M. 12. — Nicht abgeforderte Exemplare werden wieder zurückgenommen.

Abrechnung vom Streif der Zimmerer in Danzig

von Anfang Mai bis Anfang August 1894. Einnahme.

Table with 3 columns: Description, Amount, Total. Includes entries for 'Von einzelnen auf Werken, in Fabriken zc.', 'Von einzelnen Personen verschiedener Berufe', 'Von Gewerkschaftskartell zu Danzig', etc.

Summa... M. 12825,64. Ueberschuß der von den Streikenden gesammelten Gelder zur Unterstützung der Frauen der abgereihten Kameraden 52.— Gesamtsumme... M. 14471,64

Ausgabe.

Table with 3 columns: Description, Amount, Total. Includes entries for 'An ausgezahlter Unterstützung laut Liste', '1. Woche, 12. Mai 1894', '2. Woche, 17. Mai 1894', etc.

Einnahme... M. 14471,64. Ausgabe... M. 14118,25. Ueberschuß... M. 355,39

Manko beim Auszahlen der Unterstützung... M. 17,55. Bestand... M. 335,84

Revidirt und richtig gestellt: Die Revisoren: Oscar Milaster, Franz Milowczyk, Paradiesgasse 3, Burgstraße 19.

Die Lohnkommission der Zimmerleute Danzig. Danzig, 29. September 1894.

Einwendungen wolle man an die Revisoren richten. Allen Gebern, welche uns unterstützt haben bei unserem Streik hierdurch Namens der Zimmerleute Danzigs den besten Dank.

Der vorhandene Ueberschuß soll laut Beschluß zunächst noch zur Deckung der drei noch schwebenden Prozesse zurückbehalten werden und dann eventuell an Streikende zur Unterstützung verwandt werden.

Die Lohnkommission der Zimmerleute Danzigs.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokal-Vorstände resp. Vertrauensleute bei.

Seidelberg, Vertikale Verwaltung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. Das Eingekandt kam zu der Nr. 42 hier zu spät an, so wie selbiges also einen möglichst guten Versammlungsbesuch bezwecken, dann ist der Zweck gewiß verfehlt, so daß der Abdruck in Nr. 43 überflüssig erscheint. Ein anderer Zweck ist aber aus dem Schriftstück nicht zu ersehen. Zwei ein Kassier der Verantwortung für ungebührliche Ausdrücke durch Nichterscheinen in den Versammlungen entgeht, ist zweifellos nicht so wichtig, um hier mitgeteilt zu werden. Wollten wir alle ungebührlichen Ausdrücke oder alle Schmutzreden, die solche anwenden, hier annageln, dann hätten wir viel zu thun. Oft genug werden uns die erbärmlichsten Sudeleien zugeschickt, sie getadelt ein Fohn auf die Sittlichkeit bilden; der Anstand verbietet es, solche Sachen in der Presse breit zu treten. Verlagen Sie den Mann beim Gericht, da wird er sich wohl stellen müssen; bei manchen Menschen bleibt eben kein anderer Weg übrig. Es giebt Menschen, die es auf systematische Verleumdung abgesehen haben, und diesen muß es in fühlbarer Weise plausibel gemacht werden, daß ihr Thun unrecht ist.

Ludwigshafen, W. W. Wir sind Ihrem Wunsch nachgekommen; wir müssen aber nachhaltig eruchen, uns mitzuthun, um was es sich handelt, denn es ist nicht genug, wenn das die Mitglieder des Lokalverbandes Ludwigshafen wissen, sondern solche Sachen müssen auch Verbandsmitgliedern zur Kenntniß gebracht werden. Auch soll mindestens alle 14 Tage ein Bericht über die Wirkung der Sperre eingekandt werden, wenn das nicht geschieht, dann wird durch den Zimmerer nicht mehr gewarnt.

Wenn die Sache dort übrigens so liegt, wie in der Mittheilung steht, daß der Krauter mehr Leute bekommen kann als er gebraucht, dann hat doch die Sperre gar keinen Zweck. Im Gegentheil, wäre es nicht besser, wenn die Sperre aufgehoben würde, so daß auch Verbandsmitglieder in Arbeit kämen? Es ist doch ganz klar, daß die dort arbeitenden Leute jetzt als Streikbrecher betrachtet werden und darum niemals gewonnen werden können. Anders gestaltet sich die Sache aber, wenn einige Fehle in den Karppenteich kommen. So wird es eher möglich, daß dem sauberen Herrn plausibel gemacht wird, wie er mit Arbeitern umzugehen hat.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Altona.** Mittwoch, den 31. Oktober, bei Marjes, Blumenstr. 41.
- Ahrensburg.** Mittwoch, den 31. Oktober.
- Barmen.** Sonntag, den 4. November, bei Wülfing, Oberdörner- und Rößigerstr. 2.
- Boizenburg.** Sonntag, den 4. November, Nachmitt. 5 Uhr, im Vereinslokal.
- Calbe.** Sonnabend, den 3. November, Abends 8 Uhr, bei Wilhelm Kuhnert.
- Dortmund.** Sonntag, den 4. November, Nachmittags 2 Uhr, bei Wudge, auf dem Berge.
- Dessau.** Sonnabend, den 3. November, in der „Reichskrone“, Sandstr. 11.
- Frankfurt.** Donnerstag, den 1. November.
- Goslar.** Sonnabend, den 3. November, bei Wollentin.
- Gelsenkirchen.** Sonnabend, den 3. November.
- Halberstadt.** Dienstag, den 30. Oktober, in Vollmann's Lokal, Datenstr. 63.
- Herne.** Sonntag, den 4. November, bei Hochstraße, Wilhelmstr.
- Jever.** Sonntag, den 4. November, bei Eßmen, am alten Markt.
- Memel.** Sonntag, den 4. November, Vormitt. 11 Uhr, Gartenstr. 1.
- München.** Sonntag, den 4. November, Vorm. 10 Uhr, im „Passauer Hof“, Dultstr. 4.
- Münden i. S.** Dienstag, den 30. Oktober, bei Wwe. Fink, Langestr.
- Münster i. W.** Sonnabend, den 3. November, Abends 8 Uhr, bei A. Weinberg.
- Neubrandenburg.** Sonntag, den 4. November, bei Kreibitz, Am Kuhdamm.
- Neubuckow.** Sonntag, den 4. November, Nachmittags 3 Uhr, bei Tschel.
- Neumünster.** Mittwoch, den 31. Oktober, bei Kellermann, Plönerstraße.
- Nordhausen.** Montag, den 5. Novbr., Abends 8 Uhr, in „Stadt Berlin“.
- Ohlau.** Sonnabend, den 3. November, Abends 7 Uhr, in der „Sonne“.
- Pinneberg.** Sonntag, den 20. Oktober, Nachmittags 4 Uhr in der „Centralhalle“.
- Reichenbach i. Voigtl.** Sonntag, den 4. November, Nachmittags 3 Uhr, Weststraße 32.
- Schwartau.** Sonntag, den 4. November, Nachmittags 2 Uhr, bei Gastwirth Speeyen, „Zum Kreuzlamp“.
- St. Johann.** Sonntag, den 4. November, bei Gastwirth Hüflein, Blumenstraße.
- Stargard i. Pomn.** Sonntag, den 4. Novbr., Nachmittags 4 Uhr, Schuhstraße 19.
- Stendal.** Sonntag, den 4. November.
- Tangermünde.** Sonnabend, den 3. November.
- Uelzen.** Sonntag, den 4. Novbr., Nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal.

Anzeigen.

(Acht Beschuß der Generalversammlung wird den Anzeigen der Kostenpreis in Klammern beige druckt. Wir ersuchen nun, ohne weitere Aufforderung das Geld in Briefmarken unter der Adresse A. Bringmann, Hamburg-Barmbeck, Feslerstraße 28, 1. Et., einzufenden. Von Zeit zu Zeit werden wir dann öffentlich darüber quittiren; dadurch werden ganz erhebliche Unkosten und auch ein groß Theil Arbeit gespart.)

Am 7. Oktober starb nach langen Leiden unser treues Verbandsmitglied
Heinrich Wagner
 im 40. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit.
 Ehre seinem Andenken.
 [M. 3] Lokalverband Spremberg und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am 27. September verstarb infolge eines Sturzes unser Kamerad und treues Verbandsmitglied
Fritz Wulf,
 Ehre seinem Andenken.
 [M. 3,30] Der Lokalverband Köln.

Todes-Anzeige.

Allen fremden Zimmergefellern zur Nachricht, daß wir unseren treuen Kameraden, den recht-schaffenen fremden Zimmergefellern
Fritz Wulf,
 der infolge eines Sturzes hier verstarb, am 1. Oktober zu Grabe geleitet haben. Sein mannhaftes Eintreten für unsere Sache sichert ihm ein bleibendes Andenken. [M. 4,50]
 Die fremde Zimmergefellenschaft zu Köln a. Rh.

Todes-Anzeige.

Wiederum entriß uns der Tod auf dem Schlachtfelde der Arbeit durch einen Sturz einen braven Kameraden, den Zimmerer
Gustav Nitze
 im Alter von 29 Jahren. Sein eifriges Streben für die Arbeitersache sichert ihm ein dauerndes Andenken. [M. 3,90] Lokalverband Groß-Ottersleben.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

(E. S. Nr. 2 in Hamburg.)
Öertliche Verwaltung Eppendorf.
Versammlung
 am Donnerstag, den 1. November, Abends 8 Uhr.
 im Lokale der Wwe. Herzberg, Winterhude.
 [M. 1] Der Vorstand.

Lokalverband Dortmund.

Mitglieder-Versammlung
 im Vereinslokal
 am Sonntag, den 4. November, Mittags 2 Uhr.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag. 2. Abrechnung vom Herbstvergnügen.
 3. Verschiedenes. [M. 1,10] Der Lokalverband.

Silbesheim.

Am Dienstag, den 30. Oktober, im Lokale des Herrn Niehe, Brühl
Öeffentliche Verbands-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über „Recht auf Leben“. 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes. [M. 1,20] Der Vorstand.

Münster i. W.

Am Sonntag, den 28. Oktober, Nachm. 1/4 Uhr, im Lokale des Herrn Auling, Klemensstraße,
Öeffentliche Zimmerer-Versammlung
 Tagesordnung:
 1. Die Nothwendigkeit der Arbeiterorganisationen. Referent: Kamerad Walter aus Dortmund. 2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen bittet
 [M. 1,40] Der Vorstand.

Verlag von V. F. Voigt in Weimar.

Zimmermanns

in allen ihren Theilen.
 Ein Handbuch für Zimmerleute sowie f. bautechnische Lehranstalten.
 Bearbeitet von
Dr. W. H. Behse,
 Baumeister und Realschuldirektor in Dortmund.
 Neunte verbesserte Auflage.
 Mit einem Atlas von 56 Folio-tafeln, enthaltend 652 Abbildungen.
 1894. 8. Geh. 9 Mark.
 Vorrätig in allen Buchhandlungen.

Bremen.

Sonntag, den 4. November, und dann jeden ersten Sonntag eines jeden Monats, Nachmittags 5 Uhr, findet unsere Mitgliederversammlung auf der Herberge statt.
 [70 S] Der Lokalvorstand.

Schorm's Reise-Handbuch
 für wandernde Arbeiter.
 Mit 8 Karten, gebunden Mark 1,50.
 Durch J. Schorm, Nürnberg u. alle Buchhandl.

Genossen!

Kauft nur den Bleistift „Solidarität“ von Jean Bloß, Stein bei Nürnberg.

Berkehrslokale, Herbergen usw.

(Jahres-Inserat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einsendung von M. 8.)

- Berlin N.** Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration, Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
- B. Rippe, Markusstraße 14, Eingang Grünerweg, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Julius Raumann, W., Kulmstr. 36, Restauration, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Bergedorf.** Zentralherberge und Berkehrslokal bei Joh. Bez, Eppertwiete 8.
- Breslau.** Berkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Herrenstr. 19, Brauerei, Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Charlottenburg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung, Berkehrslokal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden S. Krause, Bismarckstraße 74.
- Danzig.** Vereins- und Berkehrslokal (Privatlokal) des Lokalverbandes, Drettegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
- Dresden.** Berkehrslokal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzgasse 3. Jeden Sonnabend, Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
- Behl's Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle I.
- Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle II.
- Düsseldorf.** „Neue Welt“, Fingertstraße 37/39, Krankenkassen- und Verbandslokal, sowie Zentralherberge.
- Hamburg.** Zentralherberge: Bild (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
- Hamburg-St. Georg.** Aug. Bräse, Steinhornweg 2, Keller.
- Hamburg-Eimsbüttel.** Fr. Lemde, Berkehrslokal Belle-Alliancestr. 49.
- Hamburg-Barmbeck.** D. Niemeyer, Wohldorferstr. 9, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
- Hamburg-Barmbeck.** Berkehrslokal für Zimmerer, Rud. Ellerbrod, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße.
- Hannover.** Versammlungslokal bei Bolte, Neuestr. 27, Zentralherberge bei Klingfint, Ballhofstr. 1.
- Harburg.** Versammlungslokal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Lüssenhop, erste Bergstraße 7.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslokal: S. Wrage, „Boltshalle“.
- Leipzig.** Berkehrslokal und Arbeitsnachweis bei Neubauer, Restauration, Universitätsstr. 6. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätsstr.“, Ritterstr. 7. Herberge H. Fleischergasse, Mag Saube's Restaurant. Kassirer der Zentralkrankenkasse: Joseph Fröhliche, Leipzig-Neubitz, Leipzigerstr. 3, und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
- Lübeck.** Berkehrslokal: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: J. Strunt, Rosenstr. 14/6.
- München.** Das Berkehr- und Versammlungslokal des Lokalverbandes befindet sich im „Passauer Hof“, Dultstraße 4. — Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Versammlung statt.
- Rostock.** Berkehrslokal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Beguinenberg 10.
- Spandan.** Zimmererherberge und Berkehrslokal bei K. Schulz, Adamsstraße 9.
- Stettin.** Berkehrslokal, Logirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Harath, Bogislavstraße 22.
- Stuttgart.** Berkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentralherberge „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.
- Wilhelmshaven.** Berkehrslokal u. Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Verdes, Neue Wilhelmshavenerstraße 4.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.